

## RT DE: News, Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 08.09.–14.09.2023

#### Inhaltsübersicht

News.....	1
Analyse .....	14
Meinung .....	32

#### News

### Assange-Freilassung: Deutsche Prominenz fordert Baerbock auf, bei ihrem USA-Besuch aktiv zu werden

<https://freedert.online/inland/180146-assange-freilassung-deutsche-prominenz-fordert/>

08.09.2023

**Prominente aus Politik, Kultur und Medien fordern in einem offenen Brief die Außenministerin auf, sich bei ihrem kommenden USA-Besuch für die Freilassung von Wikileaks-Gründer Julian Assange einzusetzen. Bereits im Juni erhielt Baerbock eine ähnlich lautende Aufforderung seitens Transparency International Deutschland.**

Im April 2022 hat ein britisches Gericht entschieden, dass der WikiLeaks-Gründer Julian Assange, nach jahrelanger Gefängnis-Tortour im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh, theoretisch an die USA ausgeliefert werden könnte. Diese Überführung würde den mehr als angeschlagenen und schwer traumatisierten Assange in zusätzliche akute Lebensgefahr bringen. Mitte September reisen Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock in die USA, um an der UN-Generalversammlung teilzunehmen. Prominente Namen aus der deutschen Kultur- und Politszene appellieren nun in einem offenen Brief an die Außenministerin, sich nachdrücklich in der Causa Assange ihren US-Kollegen gegenüber bemerkbar zu machen.

Die Unterzeichnenden erwarten von Baerbock, dass sie "bei den bevorstehenden Gesprächen in Washington etwa mit Ihrem Amtskollegen Antony Blinken den Fall Assange thematisieren und sich deutlich für ein Ende der Verfolgung von Assange einsetzen". Einleitend heißt es in dem Brief:

*"Sehr geehrte Frau Ministerin Baerbock, wir sind in großer Sorge um die Gesundheit und das Leben des Journalisten Julian Assange sowie die Bedrohung der Meinungs- und Pressefreiheit in Europa."*

Baerbock hatte sich vor zwei Jahren rein strategisch Wählerstimmen erhoffend für eine Freilassung Assanges eingesetzt. Daran erinnert auch der offene Brief:

*"Wir erinnern an Ihre Erklärung im September 2021, nur wenige Tage vor der Bundestagswahl, in der Sie sich der Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 27. Januar 2020 sowie dem Appell des UN-Sonderberichterstatters Nils Melzer angeschlossen und die 'sofortige Freilassung' von Julian Assange gefordert haben."*

Seit ihrer Wahl zur Außenministerin hat sich Baerbock nur auf Aufforderung und zudem auffällig ausweichend zu dem Thema positioniert. Die diesbezügliche Kritik lautet in dem Schreiben:

*"Es ist paradox, berechtigte Kritik an der Unterdrückung von Journalisten in Diktaturen zu üben, aber zu der Verfolgung von Assange durch die Führungsmacht des freien Westens zu schweigen. Eine wertebasierte Außenpolitik muss auch gegenüber Partnern und Verbündeten gelten. Wer sich den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtet sieht, kommt nicht umhin, sich auch für die Freiheit von Julian Assange einzusetzen."*

Es läge rein "in der Hand von US-Präsident Biden und seiner Regierung, das Ermittlungsverfahren gegen Assange zu beenden", daher wird Baerbock nachdrücklich aufgefordert, "bei all Ihren Gesprächen in Washington dafür Brücken zu bauen, dass Julian Assange nicht länger in Haft bleibt und endlich freikommt". Nach einer möglichen Ausweisung an die USA droht Julian Assange dort eine Anklage wegen Spionage und die angekündigte Höchststrafe von 175 Jahren Gefängnis.

Zu den Erstunterzeichnenden gehören der Initiator und Journalist Günter Wallraff, wie auch unter anderem der SPD-Politiker Sigmar Gabriel, Günter Verheugen (Vizepräsident der Europäischen Kommission a.D.), Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin a.D.), Alice Schwarzer (Publizistin), Gesine Schwan (Politikwissenschaftlerin), Volker Schlöndorff (Filmregisseur), Frank Castorff (Regisseur), Lisa Fitz (Kabarettistin), Friedrich Küppersbusch (Fernsehproduzent) und Claus Peymann (Theaterregisseur).

Bereits im Juni dieses Jahres forderte auch die deutsche Sektion von Transparency International Außenministerin Baerbock auf, in der Causa proaktiv zu agieren. Zudem lautete die Aufforderung an die Politikerin der Grünen:

*"Auch in Deutschland müssen wir aus dem Fall Assange lernen und die nötigen gesetzgeberischen Konsequenzen ziehen. Wir rufen Sie in diesem Kontext dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass Whistleblower:innen im Bereich der nationalen Sicherheit künftig rechtssicher geschützt werden und dies auch nicht pauschal ausgeschlossen ist, wenn Verschlussachen aufgedeckt werden."*

\* \* \*

## **Genießen US-Neonazis die Rückendeckung der Geheimdienste? Verdacht erhärtet sich**

<https://freedert.online/nordamerika/180143-geniessen-us-neonazis-die-rueckendeckung-der-geheimdienste-verdacht-erhaertet-sich/>

09.09.2023

**Die aktive Zusammenarbeit von US-Neonazis mit ihren ukrainischen Gesinnungsgenossen liegt offenbar im Interesse der US-Geheimdienste. Aber auch gegen eine Diskreditierungskampagne zur "ukrainischen Einmischung" wird von ihnen nichts unternommen.**

*Von Wladislaw Sankin*

In den USA, dem Land der BLM-Bewegung und der "woken" Political Correctness, fühlen sich klassische und offene Neonazis recht wohl. Ein besonders illustres Beispiel sind Kent McLellan, Spitzname "Boniface", und Gruppen seiner Gleichgesinnten aus Florida. Er ist seit 2014 Mitglied der ukrainischen Asow-Bewegung und nahm im Frühjahr 2022 an den Kampfhandlungen in Mariupol teil – RT DE berichtete über seinen Werdegang.

Außerdem gibt der Neonazi gerne Interviews, auch sich selbst. In einem Gespräch legte McLellan eine Zusammenarbeit mit der CIA nahe, wobei er betonte, dass nicht das FBI, sondern die CIA ihn mit den nötigen Kontakten für seine Ukraine-Reisen versorgt hatte. Ihm zufolge war er auch in Gewaltverbrechen im Kampfgebiet in der Ostukraine verwickelt – eine entsprechende Ermittlung der US-Behörden blieb allerdings aus.

Dennoch, McLellan wird offenbar beim FBI als "Mitglied einer terroristischen Vereinigung" geführt. Das geht aus einem Polizeivideo hervor, das die US-Journalistin Laura Loomer am Montag auf ihrem X-Kanal (ehemals Twitter) gepostet hat. Dieses habe sie exklusiv von einer Polizeikamera von einem Polizeibeamten in Escambia County im US-Staat Florida bekommen. Mit 14,4 Millionen Klicks bekam ihr Beitrag eine enorme Reichweite.

Im Video scrollt der Polizist durch McLellans langes Strafregister und nennt einem Kollegen interessanteste Details, der ihn darum bat. So sagt er, McLellan sei "bewaffnet, gefährlich" und habe "gewalttätige Tendenzen". Er wundert sich:

*"Hier steht, wir sollen das FBI kontaktieren. Das habe ich noch nie gesehen. (...) Sie haben die Nummer der Grenzpatrouille dabei."*

Das Video ist nicht datiert, doch offenbar wurde es nach der Rückkehr McLellans aus der Ukraine in Sommer 2022 aufgenommen. Dort hatte er ukrainische Staatsbürgerschaft und einen Verdienstorden verliehen bekommen. Die Journalistin, die sich bei ihren Auftritten als bekennende Konservative gibt, schlussfolgert:

*"Dies ist der Beweis dafür, dass CIA/FBI und die Strafverfolgungsbehörden Floridas NAZIS und ukrainische Kriegsverbrecher schützen."*

In einem anderen X-Beitrag berichtete Loomer am Donnerstag von einer Gerichtsverhandlung, bei der über die Verhaftung von McLellan wegen eines Einbruchdiebstahls mit Körperverletzung entschieden werden sollte. Im Gerichtssaal stellte ihr zufolge der Richter fest, dass McLellan nicht erschienen war, und der Staatsanwalt bat den Richter statt Haftbefehl, das in solchen Fällen ausgestellt werden soll, um einen "Passierschein" für McLellan. Diese Milde verbindet Loomer mit dem Erscheinen zweier sportlich aussehender Männer im Gerichtsgebäude:

*"Außerdem betraten zwei muskulöse Männer, die wie Bundesagenten aussahen, den Gerichtssaal, um mit dem Gerichtsdienner zu sprechen, bevor die Türen für die Öffentlichkeit geöffnet wurden. Man hörte, wie sie 'Kent' sagten, bevor der Gerichtsdienner sie in den Gerichtssaal ließ."*

Auch dieser Vorfall gab der Journalistin den Anlass, Kent McLennan, den Neonazi mit dem Spitznamen "Boneface", einer besonderen Verbindung zu Geheimdiensten zu verdächtigen:

*"Die einzigen Leute, die einen Passierschein bekommen und von einem Richter entschuldigt werden, wenn sie nicht zur Anklageverlesung erscheinen, sind FBI-Agenten, vertrauliche Informanten und Bundesbeamte."*

Es ist bemerkenswert, dass McLellan und seine Mitstreiter sich bei ihren öffentlichen Auftritten in außenpolitischen Fragen regierungstreu zeigen. So erklärte einer der Aktivisten unlängst bei einer Kundgebung in Orlando in Florida, dass Joe Biden besser als Donald Trump sei, weil er Raketen in die Ukraine schickt. Bei der Aktion war auch "Boneface" McLellan zugegen. Er und die anderen schrien "Slawa Ukrajini" (Ruhm der Ukraine) und zeigten den Hitlergruß.

Ob McLellan wegen seiner Nützlichkeit bei der Rekrutierung von US-Neonazis für die Ukraine-Front die Rückendeckung der Geheimdienste bekommt, kann noch nicht abschließend beurteilt werden. Es ist bekannt, dass die US-Geheimdienste radikale Bewegungen nicht nur überwachen, sondern zu politischen Zwecken instrumentalisieren oder sogar imitieren.

### **Fox News: FBI beschäftigt Provokateure**

Laut einem Bericht des Fernsehsenders *Fox News* aus dem Jahr 2012 waren 17 der 20 vom FBI vereitelten Terroranschläge mit angeblich islamistischen Hintergrund in Wirklichkeit "von der Bundesregierung selbst geplant, ausgeheckt, kontrolliert und durchgeführt" worden.

*"Das FBI fand junge muslimische Männer. Einzelgänger, die verbittert von den USA waren. Sie freundeten sich mit ihnen an, umgarnten sie und überredeten sie. (...) In all diesen Fällen arbeiteten die Agenten verdeckt und gaben sich den Zielpersonen gegenüber als Araber mit ähnlich unamerikanischer Gesinnung aus", so Fox News.*

Über eine andere Täuschungsoperation hat Moderator Tucker Carlson in seiner Sendung bei *Fox News* berichtet. Ihm zufolge hat das FBI einen Plan zur Entführung der Gouverneurin von Michigan ausgearbeitet, um das Verbrechen Trump-Anhängern und "Rechtsextremisten" in die Schuhe schieben zu können.

### **Was hat der "QAnon-Schamane" mit ukrainischen Neonazis zu tun?**

Im März hatte Carlson Videoaufnahmen gezeigt, die ein Zusammenwirken von FBI und mutmaßlichen Provokateuren beim sogenannten Sturm auf Kapitol am 6. Januar nahelegen.

So hatten mehrere Überwachungskameras gezeigt, wie Kapitol-Polizisten einen der bekanntesten Aktivisten der "Erstürmung", Jacob Chansley, auch bekannt als "QAnon-Schamane", in aller Ruhe durch die Gänge im Inneren des Kapitols führen, um ihm exklusiven Zutritt zum Plenarsaal zu gewähren. Wenig später hatte Chansley im Sitzungssaal für Fotografen posiert und sich bei der Polizei für den Zutritt bedankt.

Dabei hatte er geschrien und Grimassen geschnitten. Durch sein markantes Äußeres mit tätowiertem nacktem Oberkörper, gehörnter Fellmütze und US-Flagge ist er weltweit zu einer medialen Symbolfigur der Ausschreitung geworden. Laut Carlson und anderen Kommentatoren aus dem konservativem Lager könnte dies einer geheimen Strategie geschuldet sein – um die Anhänger des Ex-Präsidenten als "Haufen verrückter Wilder" zu diskreditieren.

Chansley war zu 41 Monaten Haft verurteilt worden, ist jedoch im April vorzeitig entlassen worden. Am Montag berichtete Newsweek unter Verweis auf Loomer, dass das FBI ihn bei einem Verhör zur Anwesenheit des mutmaßlichen ukrainischen Spions Sergei Dubinin bei den Unruhen befragt habe.

Dubinin war am 6. Januar am Eingang zum Kapitol mit Chansley gesichtet worden. Ein gemeinsames Foto von ihm mit Chansley wird von Loomer als Beleg für eine ukrainische Einmischung interpretiert. Andere Fotos von Dubinin, die im Internet auftauchten, zeigten ihn in einem Helm vor dem zerstörten Gebäude des Donezker Flughafens und in einem Tarnanzug.

Diese Bildvergleiche nährten den Verdacht, er sei mit den Neonazis von Asow und ukrainischen Geheimdiensten verbunden. Er und womöglich auch weitere Einflussagenten seien nach Washington geschleust worden, um die Unruhen zu schüren und Trump als unbequeme Figur zu diskreditieren, lautet seit Jahren die Erzählung einiger konservativen Blogger. Chansley soll im Interview mit Loomer gesagt haben:

*"Das FBI wusste, dass Sergei Dubinin ein Spion war, und fragte, ob ich ihn kenne. Ich sagte, dass ich ihn nicht kenne und nur für ein Foto mit ihm posiert habe. Warum darf er frei herumlaufen?"*

Das FBI lehnte eine Stellungnahme zu Chansleys Aussagen ab, schreibt Newsweek. Damit kann deren Echtheit nicht unabhängig geprüft werden.

Doch eine kurze Internet-Recherche zeigt: Einen Mann namens Sergei Dubinin gibt es tatsächlich. Und er war am 6. Januar 2021 nachweislich genau an dem Ort gewesen, an dem auch das Foto mit dem "QAnon-Schamanen" Chansley entstanden war. Aber er ist kein Geheimagent und auch kein Asow-Kämpfer, sondern Kameramann des ukrainischen Fernsehsenders *Inter*.

Mit dem Korrespondenten des Senders war er mitten im Getümmel: Sie hatten eine Reportage gedreht – hier auf dem YouTube-Kanal der Sendung des Senders *Podrobnosti* (Einzelheiten) nachzusehen. Sein Name wird bei Sekunde 21 eingeblendet. Auf einem der Bilder ist zu sehen, wie Menschen mit Chansley wegen dessen schillernden Aussehens Selfies machen.

Auch der Kameramann hatte der Verlockung nicht widerstehen können, mit dem gehörnten "Schamanen" ein Erinnerungsfoto an diesen ohne Zweifel außergewöhnlichen Tag zu schießen. Dass das Bild den Antrieb für eine ganze Verschwörungstheorie über eine provokante Verstrickung der Asow-Leute in die Erstürmung des Kapitols geben würde, hatte er natürlich nicht ahnen können.

Da alle Pressevertreter für Dreharbeiten grundsätzlich eine von den Behörden ausgestellte Akkreditierung brauchen, wusste das FBI natürlich von Anfang an, wer Dubinin ist. Dennoch, auch der gut vernetzten *Newsweek* wurde ein klärender Kommentar verweigert. Sollten die Informationen von Loomer stimmen, befeuert auch das FBI die Theorie von der ukrainischen Einmischung. Auch hier gilt: je nebulöser, desto besser! Damit behalten die Meister der Geheimoperationen alle Optionen in der Hand. Wer weiß, wie die ukrainische Karte demnächst wieder ausgespielt wird?

\* \* \*

## Friedensfest in Bautzen 2023: Russische Volkslieder aus Verbundenheit mit Russland

<https://freedert.online/inland/180324-friedensfest-in-bautzen-2023-russische/>

10.09.2023

**Mehrere Hundert Anhänger der Friedensbewegung feierten am Samstag mit ihren Familien und Freunden das Friedensfest in Bautzen. Für Unterhaltung sorgten Liedermacher und Musikgruppen. Der Sachbuchautor Wolfgang Effenberger kritisierte den Bundeskanzler für seine zynische Rhetorik.**

In Bautzen in der Oberlausitz (Ostsachsen) hat am Samstag das traditionelle Friedensfest stattgefunden. Mehrere Hundert Anhänger der Friedensbewegung feierten auch in diesem Jahr gemeinsam auf dem Bautzener Kornmarkt im Zentrum der Stadt mit einer Bühne und Ständen für den Verkauf von Essen. Mit dabei waren auch Vertreter alternativer Medien wie *ingeschenkt.tv* und dem Fernsehsender *AUFI* mit Sitz in Linz (Oberösterreich). Am Mittag begann das Programm mit Musik- und Redebeiträgen und einer Podiumsdiskussion zum Thema "Medien in Zeiten von Krieg und Frieden" und endete in den Abendstunden.

Für Unterhaltung sorgten mehrere Liedermacher und Musikgruppen. Die Verbundenheit des Festes mit Russland bewies die Leipziger Volkstanzgruppe, die in wechselnden Kostümen russische Volkslieder mit dazu passenden Tänzen darbot, darunter "Poruschka-Paranja", "Solowuschka" und "Kalinka". Zu den Rednern gehörten der Pfarrer Thomas Schädlich der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde Gaußig (Landkreis Bautzen), der eine Andacht hielt, und der Sachbuchautor Wolfgang Effenberger.

### Grenzen des Krieges verschwimmen

Wie fließend und uneindeutig die Grenzen des Krieges heutzutage sein können, darauf wurde in der Anmoderation der *Spaziersänger* hingewiesen, denn auch die Coronazeit sei eine Art Krieg gewesen, allerdings "gegen die ganz normale Bevölkerung". Aus der Zeit, in der man sich in Bautzen selbst im Freien nicht treffen oder gemeinsam singen durfte, gingen die *Spaziersänger* hervor.

Auf dem Bautzener Friedensfest zeigten sie ihr beachtliches Repertoire, das von Georg Herweghs Arbeiter- und Friedenslied "Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" bis zur lokalen Heimat-Hymne, dem Oberlausitz-Lied, reichte. Auch die Spaziersänger zeigten ihre Verbundenheit mit Russland, als sie das russische Liebeslied "Katjuscha" sangen, auf Deutsch und im Original.

### Propaganda ist heute "perfider denn je"

Effenberger nahm in seiner Rede unter anderem Bezug auf den Ausspruch des Bundeskanzlers, der Friedensaktivisten am 18. August auf einer Wahlkampfveranstaltung in München als "gefallene Engel aus der Hölle" bezeichnet hatte. Die "seltsame Pathetik des Kanzlers", sagte Effenberger, habe über die "geistlose Oberflächlichkeit seiner Worte" nicht hinwegtäuschen können. Denn gefallene Engel stammten nicht aus der Hölle, sie fielen dort hinein.

*"Doch selbst ein gefallener Engel würde kaum auf die Propaganda kommen, die sich Staaten, heute vielleicht perfider denn je, einfallen lassen, um ihre Kriege zu rechtfertigen."*

Kriege, sagte Effenberger weiter, nützen niemanden, denn "im Krieg verlieren auch die Sieger",

ganz zu schweigen von den gefallenen Soldaten und den Zivilisten.

*"Menschen, die sich nach Frieden sehnen, als Ausgeburt der Hölle zu diffamieren, und gleichzeitig den Massenmord in der Ukraine mit immer mörderischeren Waffen zu befeuern – ist das nicht zynisch und menschenverachtend?"*

\* \* \*

## **Blogger Shahid Bolsen: Deutschland wird systematisch erniedrigt**

<https://freedert.online/inland/180416-islamischer-blogger-shahid-bolsen-deutschland/>

11.09.2023

**Ob die Zerstörung der deutsch-russischen Beziehungen, das Abschalten von Kernkraftwerken in einer Energiemangellage, der Import großer Mengen Kohle: Für den Blogger und Podcaster Shahid Bolsen sind dies Anzeichen einer bewussten Unterjochung Deutschlands und in der Folge auch Europas.**

Wie man es dreht und wendet, Deutschland scheint im globalen geopolitischen Prozess der letzten Jahre vor allem eine Rolle einzunehmen: die des Verlierers. Diese Meinung vertritt auch der muslimische Blogger und Podcaster Shahid Bolsen. Der ägyptischstämmige US-Amerikaner Shahid Bolsen gilt jedoch als sehr umstrittene Persönlichkeit, da er einst in der ägyptischen Muslimbruderschaft aktiv war und aufgrund der Ermordung von Martin Herbert Steiner, einem deutschen Ingenieur, mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte. In mehreren Ländern gilt er zudem als "Terrorverdächtiger". Die Bekanntheit von Bolsen beruht auf seinen kreativen Versuchen, die ultrakonservativen Grundsätze des salafistischen Islam mit den antikapitalistischen Theorien des frühen 21. Jahrhunderts zu verknüpfen. Besonders in der Entwicklung seit Ausbruch des Ukrainekriegs sieht Bolsen eine systematische Erniedrigung und Unterjochung Deutschlands im Gange.

Die maßgebliche Verantwortung dafür tragen die deutschen Politiker, die sich den Eigentümern und Kontrolleuren des globalen Finanzkapitals anbieten, da sie sich einen Vorteil davon versprechen und sich somit zu Kollaborateuren machen. Bolsen ist der Meinung, dass die deutschen Politiker ihr eigenes Land sogar absichtlich sabotieren. Anders sind für Bolsen die jüngsten politischen Entscheidungen nicht zu erklären, die jedes Opfer in Kauf nehmen, um wahlweise Russland zu schwächen oder den Klimawandel zu bekämpfen.

### **Von einer Abhängigkeit in die nächste**

Als eklatanten Widerspruch hebt Bolsen hervor, dass in Deutschland offiziell behauptet wird, man wolle die Energieabhängigkeit von Russland beenden und grüne Energie fördern. Gleichzeitig schaltet man jedoch die Kernkraftwerke ab, setzt auf teurere Energie aus den USA und vom Golf und importiert die schmutzigste Energieform überhaupt, um die Engpässe auszugleichen: Kohle.

Ein weiterer fataler Effekt der Abkehr vom günstigen russischen Gas ist der Anstieg der Energiekosten, mit katastrophalen Folgen für die deutschen Bürger und ihre kleinen und mittleren Unternehmen. Die Wirtschaft erstickt und die Lebensqualität wird sinken. Die importierte Kohle kommt ausgerechnet aus Kolumbien, wo die Bergleute "wie Tiere" behandelt werden, die krank oder verletzt werden oder sterben, weil sie als entbehrlich angesehen werden.

Doch wie Bolsen betont: Heute sind es kolumbianische Bergleute und morgen werden es deutsche sein. Aktuell reißt der Energiekonzern RWE einen Windpark ab, um den Tagebau auszuweiten. "Die deutschen Bergarbeiter werden lernen, wie es ist, Kolumbianer zu sein." Denn warum sollte

das Finanzkapital darauf Rücksicht nehmen, wen es gerade ausbeutet? Wenn Arbeit, die in der Vergangenheit ins billigere Ausland verlagert wurde, zurückkehrt, dürfen die Kosten schließlich nicht steigen. Die Arbeitsbedingungen werden in Deutschland daher früher oder später denen von Kolumbien ähneln.

### **"Demütigungsexperiment"**

Wenn es so weit ist, es auch keine Grüne Partei mehr geben, sagt Bolsen voraus, und umweltpolitische Bedenken werden im Diskurs in Deutschland keine Rolle mehr spielen. Das Klimawandel-Narrativ dient Bolsen zufolge nur einem Zweck, nämlich das "Programm der Destabilisierung und Deindustrialisierung und Unterwerfung zu rechtfertigen".

*"Wenn dieses Programm erst einmal weit genug fortgeschritten ist und Deutschland zu einem vollständigen Untertanenstaat geworden ist, wird es nicht mehr nötig sein, über die Umwelt zu reden."*

In seiner Prognose geht Bolsen so weit, dass er auch einen Krieg gegen Deutschland für möglich hält. Demnach wäre es das "optimale" Ergebnis dieses gegen die Deutschen gerichteten "Demütigungsexperiments", wenn die "extreme Rechte" an die Macht käme, Deutschland aus der EU austräte und seine Beziehungen zu Russland wiederaufnähme, nachdem sie künstlich unterbrochen wurden. Das würde ausreichen, um Deutschland erneut als offenen Feind zu behandeln.

### **Psychologische Kriegsführung**

Anzeichen für eine solche Entwicklung sieht Bolsen bereits heute, wenn das US-amerikanische Mediengeschütz *The New York Times* das Gerücht verbreitet, in Berlin würde man Geheimverhandlungen mit Russland über die Ukraine erwägen, oder wenn Deutschland als der "kranke Mann Europas" bezeichnet wird – Formen psychologischer Kriegsführung.

Wenn man die Gründe auslässt, warum Deutschland zum "kranken Mann Europas wurde", sollte man, so Bolsen, auch besser nicht darüber sprechen, was das für Europa bedeutet. Immerhin sei Deutschland das wirtschaftliche Herz Europas: "Wenn dieses Herz aufhört zu schlagen, dann stirbt Europa." Auch Polen, das die USA aktuell zu ihrem neuen Liebling in Europa aufbauen, würde daran nichts ändern.

*"Wenn die EU-Länder jetzt über Deutschland lachen, dann ist dieses Lachen nur ein Vorspiel zum Weinen."*

\* \* \*

### **Deutscher General in Kiew: Werden der Ukraine bis zum Sieg helfen, auch bei Eroberung der Krim**

<https://freedert.online/international/180475-deutscher-general-in-kiew-werden/>

12.09.2023

**Der Sonderstabsleiter zur militärischen Unterstützung der Ukraine Christian Freuding reiste am letzten Wochenende mit einer deutschen Delegation in die Ukraine. Bei einer Podiumsdiskussion in Kiew versprach er der Ukraine Militärhilfe mindestens bis zum Jahr 2032. Über die Perspektiven eines ukrainischen Siegens äußerte er sich zuversichtlich.**

*Von Wladislaw Sankin*

Brigadegeneral Dr. Christian Freuding ist der für die Ukraine zuständige deutsche Militär. Er leitet den Sonderstab Ukraine im Verteidigungsministerium und tritt regelmäßig im Fernsehen mit seiner Einschätzungen der Frontlage auf. Am Wochenende reiste er mit einer deutschen Delegation in die Ukraine, wo er an der zweitägigen Konferenz Yalta European Strategie teilnahm. Das Forum wird seit mehreren Jahren von der Stiftung des ukrainischen Oligarchen Wiktor Pintschuk organisiert und ist hochkarätig besetzt. Von US-Seite schalteten sich beispielsweise Ex-Präsident George W. Bush und Staatssekretärin im US-Außenministerium Viktoria Nuland zu.

Eines der Panel war den aktuellen Entwicklungen auf dem Schlachtfeld im Ukraine-Krieg gewidmet. Bei der dazugehörigen Podiumsdiskussion saß General Freuding zusammen mit seinem ukrainischen Kollegen und "Freund", wie er später sagte, dem ukrainischen General Wadim Skibizki. Die Delegation mit vier weiteren hochrangigen Vertretern der Deutschen Bundeswehr nahm ihre Plätze in der ersten Reihe ein.

Damit wurde signalisiert, dass Deutschland zumindest in Europa der wichtigste militärische Unterstützer der Ukraine ist. Nur die USA leisten mehr. Das General sicherte der Moderatorin Anne Applebaum zu:

*"Unsere Hilfe ist unerschütterlich, und wir werden sie so lange leisten, wie die Ukraine sie braucht."*

Die zeitliche Dimension des "so lange" hat er in seinen weiteren Ausführungen erläutert. So wies er stolz darauf hin, dass der Deutsche Bundestag die finanzielle Unterstützung der "ukrainischen Freunde" bis zum Jahr 2032 zugesichert hat. Die Hilfen mit einem Gesamtetat von 9,6 Milliarden Euro waren noch im März beschlossen worden. Aufgrund der hohen materiellen Verluste der ukrainischen Streitkräfte seien neue Materiallieferungen erforderlich, hieß es in der Begründung.

Damit machte der General klar, dass Deutschland sich auf einen langjährigen Konflikt eingestellt hat – ungeachtet menschlicher Verluste auf beiden Seiten. Er betonte, dass nicht nur westliche Regierungen in den Prozess involviert seien, sondern auch Rüstungsunternehmen.

Während der Diskussion kamen von verschiedenen Teilnehmern auch wenig ermunternde Einschätzungen zur Lage der ukrainischen Armee an der Front und den Perspektiven eines ukrainischen Sieges zur Sprache. Die stellvertretende Verteidigungsministerin Ganna Maljar hat in einer Online-Schaltung mehrfach wiederholt, dass der Gegner über mehr Waffen verfügt. Außerdem behauptete sie, dass die Ukraine mit Russland seit 400 Jahren im Krieg sei.

Der britische Abgeordnete von der Konservativen Partei Bob Seely sagte nach einem Besuch der frontnahen Stadt Kramatorsk, dass der Preis an ukrainischen Soldatenleben sehr hoch sei. Er erklärte, dass die Russen nun modernen Drohnen-Krieg gut beherrschen. Insbesondere die Kamikaze-Drohnen Lancet seien sehr effektiv. "Alle 75 Meter stirbt ein ukrainischer Soldat", beklagte er. Militärstrategisch müsste man sich auf eine "kontinuierliche Schlacht" einstellen.

Ähnliche Sorgen äußerte auch ein ukrainischer Fronthelfer. "Die Stimmung unter dem Militär ist nicht so optimistisch, wie man es sich in Kiew wünschen würde", sagte er. Die Menschen seien müde und stellten sich auf einen langen Kriegsmarathon ein.

Unter den Zuhörern war auch der deutsche Militärexperte Carlo Masala. Er ist in den letzten eineinhalb Jahren zum gefragtesten Kommentator des Ukraine-Krieges aufgestiegen. Für das deutsche Publikum versucht er, noch ein wenig Optimismus zu versprühen. "Die Chancen der Ukrainer für einen Durchbruch stehen bei 40 bis 50 Prozent", meldete er nach seinem Besuch am

Sonntag.

Und wie sieht das der deutsche General? Auf die Frage der Moderatorin, was er vom Besuch in Kiew mit nach Berlin und Brüssel mitnehme, erwiderte Freuding, dass Deutschland alles für den ukrainischen Sieg tut, insbesondere im Bereich Militärausbildung. "Wir werden unsere Unterstützung beschleunigen und besser koordinieren", versprach er und betonte:

*"Es ist wichtig, den ukrainischen Streitkräften nicht nur das zu geben, was wir haben oder was unsere Industrie herstellen kann, sondern auch, die ukrainischen Streitkräfte im Bereich Ausbildung und Ausrüstung so vorzubereiten, dass sie gewinnen."*

Er teilt die ukrainische Vision eines Sieges, fügte er zum Schluss hinzu. Auf die Nachfragen der Moderatorin, was er unter einem ukrainischen Sieg versteht, antwortete er:

*"Wir wollen die territoriale Integrität der Ukraine wiederherstellen."*

*"In den Grenzen des Jahres 1991?"*

*"Exakt."*

Als der General das sagte, funkelten seine Augen. Applebaum, die zuvor den ukrainischen General Skibizki mit Nachdruck befragt hatte, ob sein Militär in der Lage sei, bei der Gegenoffensive an der Südfont die russische Landverbindung zur Krim abzuschneiden, bedankte sich. Der Saal applaudierte.

\* \* \*

## **"Wozu Ermittlung?" – Kiew will keine Untersuchung zum Raketenschlag auf den Markt in Konstantinowka**

<https://freedert.online/international/180629-wozu-ermittlung-kiew-will-keine/>

13.09.2023

**Am 6. September starben auf einem Markt in Konstantinowka in der Donezker Volksrepublik 16 Menschen infolge eines Raketenangriffs. Präsident Selenskij beschuldigte Russland umgehend des Kriegsverbrechens. Nachdem ein Bild-Redakteur die Schuld der Ukraine festgestellt hatte, will Kiew das Thema vergessen haben.**

Genau vor einer Woche fand der Raketenangriff auf einen Markt in der frontnahen Stadt Konstantinowka statt, der 16 Menschen das Leben kostete und mehrere Dutzend verletzte. Der Ort ist ukrainisch kontrolliert und befindet sich in 15 bis 20 Kilometern Entfernung zur Frontlinie, was Kiew sofort das Argument für einen russischen Angriff lieferte – RT DE berichtete. Den Vorwurf haben die meisten deutschen Medien sofort als Tatsache übernommen. Doch mit der Veröffentlichung des Videos mit dem Anflug der Rakete auf dem offiziellen Telegram-Kanal des ukrainischen Präsidenten wurde der Beweis für die Schuld Kiews erbracht: Die Rakete wurde ganz offensichtlich von ukrainischen Positionen abgeschossen.

Darauf haben auch einige einflussreiche proukrainische Journalisten hingewiesen, darunter Bild-Redakteur Julian Röpcke. Daraufhin verschwand das Thema aus den westlichen und ukrainischen Medien. Da das blutige Verbrechen gegen die Zivilisten auch noch Tage nach dem Angriff als Beispiel "russischer Brutalität" für antirussische Propaganda hätte dienen können, lässt sich dieser Umstand als indirektes Eingeständnis der eigenen Schuld werten.

Am Dienstag fragten die Journalisten eines russischen proukrainischen Streaming-Kanals den Chefberater des Leiters des ukrainischen Präsidialamtes, Michail Podoljak, nach möglichen Gegenbeweisen, die den Verdacht eines ukrainischen Eigenbeschusses entkräften würden. Podoljak fungiert als inoffizieller Sprecher des Präsidenten, dessen Aufgabe es ist, die ukrainische Position gegenüber den Medien zu erläutern.

Die Journalisten, die das Interview mit Podoljak führten, sagten, dass die im Zuge der Untersuchung gefundenen Raketenteile Licht ins Dunkel bringen würden. Podoljak, der unmittelbar darauf sichtlich nervös wurde, erwiderte:

*"Warum die Untersuchung? Für uns ist alles offensichtlich. ... Müssen wir jedes Trümmerteil [der Rakete] bestätigen, nur weil jemand gesagt hat, dass die Ukraine sich selbst beschossen hat?"*

Er verwies darauf, dass die russischen Truppen ständig die frontnahen Gebiete beschießen und dies sei nur ein Beschuss unter Tausenden anderen gewesen. Es war keine kurze Antwort und Podoljak verwickelte sich in Widersprüche. So sagte er, dass sich der Beschuss nachts ereignete, was nachweislich falsch ist – der Raketenbeschuss ereignete sich am 6. September kurz nach 14 Uhr. Ihm zufolge habe die russische Armee Konstantinowka aus einem Mehrfachraketenwerfer beschossen. Auch dies ist jedoch sehr fraglich, denn dann hätten in der Nähe weitere Granaten einschlagen müssen. Berichtet wurde jedoch nur von einem Treffer.

Dabei stellte Podoljak die rhetorische Gegenfrage, ob es denn richtig sei, dass der Donbass (von den Russen) seit acht Jahren beschossen wird. Nach offizieller ukrainischer Lesart ging jeder Beschuss der zivilen Infrastruktur seit 2014 ausschließlich zulasten Russlands. Dies ist jedoch nachweislich falsch. Die Nachweise werden von den Ermittlungsorganen der Donezker und Lugansker Volksrepublik und der seit letztem Jahr zur Russischen Föderation gehörenden Gebiete Saporoschje und Cherson nach jedem Beschuss gesammelt, dokumentiert und an die internationalen Strafverfolgungsorgane übermittelt – dort wurden sie allerdings bis dato ignoriert.

Dies alles tue auch die Ukraine, behauptete Podoljak im Laufe des Gesprächs, nachdem die Journalisten ihn darauf hingewiesen hatten, dass die Trümmerteile einer Rakete zu dem Militärgerät, von dem sie abgeschossen wurde, und damit zu den Schuldigen führen werde. "Wir fixieren alles und konkrete Menschen werden aufgrund konkreter Straftatbestände für den Beschuss der zivilen Infrastruktur belangt."

Doch wie es möglich ist, gegen bestimmte Personen juristisch einwandfrei zu ermitteln, wenn ohnehin alles "offensichtlich" sei, ohne dass Primärbeweise wie Raketenteile Beachtung finden müssten, erläuterte der Vertreter des Präsidialamtes nicht näher. Auch sprach er in seiner Argumentation vom Beschuss mit ballistischen Raketen und nicht von Artilleriefeuer. Der Beschuss mit einem Mehrfachraketenwerfer zählt jedoch als Artilleriefeuer.

Am Ende des Interviews wurde Podoljak sichtlich gereizter, sodass er zum Gegenangriff überging:

*"Ich frage mich, warum jemand kommen und erzählen muss, dass die Ukraine sich selbst tötet?! Dadurch wird nur russische Propaganda ohne jeglichen Beweis weiterverbreitet."*

Insgesamt mussten die Journalisten ihre Fragen dreimal stellen. Schließlich gaben sie zu verstehen, dass sie keine Provokation vonseiten der Ukraine, sondern eher unbeabsichtigte "Friendly Fire" vermutet hätten. Ihre Argumente, die sie in der spontanen Debatte mit dem ukrainischen Beamten eingebracht haben, sind allerdings auch erwähnenswert.

So argumentierte eine Journalistin, dass auch die Trümmer der Raketenteile im Falle des Abschusses der malaiischen Boeing MH17 im Juli 2014 den Hinweis gegeben haben, aus welcher Militäreinheit das angeblich eingesetzte russische BUK-System stammte. Doch ausgerechnet anhand der vom Ermittlungsteam JIT präsentierten Hülsenteile einer BUK-Rakete ließ sich via Seriennummer nachweislich rekonstruieren, dass die vom JIT gezeigte BUK-Rakete Ende der 1980er-Jahre an eine Militäreinheit in der damaligen ukrainischen SSR übergeben wurde. Nachdem das russische Verteidigungsministerium diese Informationen offengelegt hatte (dieser Link führt zum im Juni 2019 veröffentlichten Video), verschwand die Rakete aus der Liste der Beweismittel, die vom Beginn der Ermittlungen an klar darauf ausgelegt war, eine russische Schuld zu belegen.

Auf einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates hat der Russische Ständige Vertreter Wassili Nebensja wiederum Parallelen zwischen dem ukrainischen Beschuss von Konstantinowka und dem Angriff auf den Bahnhof in Kramatorsk gezogen. Beide seien ein abscheuliches Verbrechen und eine schreckliche Provokation.

Die Anschuldigungen gegen Russland bezeichnete der Botschafter als "ekelhafte Lügen", mit denen die westlichen Massenmedien "eine weitere Provokation des Kiewer Regimes vertuschen" wollen. Nebensja erklärte, dass Kiew die Provokation in Konstantinowka in der Hoffnung durchführte, "eine weitere Dosis von Waffen und Finanzspritzen" zu erhalten, sodass sie zeitlich mit der Visite des US-Staatssekretärs Antony Blinken zusammenfiel.

In der *Wikipedia*, die bei vielen immer noch als "universelles" Medium gilt, steht hingegen im Artikel zur Stadt Konstantinowka allen Zweifeln an der ukrainischen Version zum Trotz folgender Eintrag: "Durch einen *russischen* Luftangriff am 6. September 2023 auf einem Marktplatz wurden nach ukrainischen Angaben 16 Menschen getötet und 33 Personen verletzt."

\* \* \*

## **Krim-Brücke: Beim Terroranschlag beschädigter Teil wieder freigegeben**

<https://freedert.online/russland/180808-krim-bruecke-beim-terroranschlag-beschaedigter-teil-wieder-freigegeben/>

14.09.2023

**Der Wiederaufbau der beim Terroranschlag im Juli beschädigten Krim-Brücke geht schneller als ursprünglich geplant voran. Am Donnerstag konnte die wiederhergestellte Richtungsfahrbahn für den Verkehr freigegeben werden. Bis 1. November sollen alle Arbeiten abgeschlossen werden.**

Der Autoverkehr auf der linken Fahrbahn der Krim-Brücke, die im Juli bei einem mutmaßlich ukrainischen Terroranschlag beschädigt worden war, konnte am Donnerstag wieder aufgenommen werden. Das teilte der für das Bauwesen zuständige stellvertretende Ministerpräsident Russlands Marat Chusnullin in seinem Telegram-Kanal mit.

Trotz des großen Umfangs der Arbeiten gelang es damit, die Fahrbahn in nur 59 Tagen und damit früher als ursprünglich geplant wiederherzustellen.

Allerdings muss noch die zweite Spannweite der Brücke wiederhergestellt werden, fügte Chusnullin hinzu. Es sei geplant, alle Arbeiten an der Brücke bis zum 1. November vollständig abzuschließen.

Das ukrainische Militär hatte die Krim-Brücke am 17. Juli mit zwei Marinedrohnen angegriffen. Die Explosion hatte den Autobahnteil der Brücke beschädigt, ein Mädchen war verletzt worden,

ihre Eltern waren gestorben. Dabei hatte es sich schon um den zweiten Anschlag auf die Brücke in weniger als einem Jahr gehandelt.

Für die Dauer der Reparaturen hatte der Autoverkehr auf nur einer Richtungsfahrbahn im Wechselbetrieb stattgefunden.

\* \* \*

## Analyse

### **Neue Studie nährt brisanten Verdacht: Stammen alle Corona-Varianten aus dem Labor?**

<https://freedert.online/international/179977-neue-studie-naehrt-brisanten-verdacht/>

08.09.2023

**Japanische Forscher haben die Entwicklung der Omikron-Varianten nachvollzogen. Mit brisantem Ergebnis: Wichtige evolutionäre Zwischenschritte, die für einen natürlichen Prozess typisch wären, fehlten. Demnach könnten alle Erreger von Alpha bis Omikron im Labor entstanden sein.**

*Von Susan Bonath*

Dass ein künstlich manipuliertes Virus für die Corona-Pandemie verantwortlich ist, halten renommierte Wissenschaftler seit Längerem für wahrscheinlich. Doch möglicherweise stammt nicht nur der ursprüngliche Virustyp, der zuerst Ende 2019 aus der chinesischen Stadt Wuhan gemeldet wurde, aus einem Labor, sondern auch nachfolgende Corona-Varianten.

So haben japanische Virologen von den Universitäten Osaka und Kyoto bei den verschiedenen Virustypen, die sich im Laufe der Zeit teils weltweit verbreitet hatten, ungewöhnliche Mutationen entdeckt, die nach ihrer Einschätzung nicht auf einen natürlichen Ursprung der Erreger zurückgeführt werden können. Ihre Forschungsergebnisse stellten Atsushi Tanaka und Takayuki Miyazawa in einer noch nicht von der Fachwelt begutachteten Studie Anfang August vor.

Die Virologen hatten versucht, die Entstehung der Omikron-Varianten anhand von Virussequenzen in den Datenbanken nachzuvollziehen. Dabei stießen sie auf Ungereimtheiten bei der Art der Mutationen und der Chronologie ihrer Verbreitung.

#### **Wichtige Entwicklungsschritte fehlen**

Demnach fanden die Forscher bei Dutzenden Omikron-Varianten derart ungewöhnliche genetische Veränderungen, dass sie daraus schlussfolgerten, "dass keine dieser Mutationen das Ergebnis zufälliger Versuch-Irrtum-Entwicklungen in der Natur war". Weiter führen sie aus:

*"Unsere Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Omikron-Varianten durch einen völlig neuen Mechanismus gebildet wurden, der mit bisheriger Kenntnis der Biologie nicht erklärt werden kann."*

Die Forscher untermauern ihre Erkenntnis vor allem mit dem Fehlen wichtiger, evolutionärer Zwischenschritte, ohne die eine Entstehung der sich vom Ursprungstyp massiv unterscheidenden Omikron-Varianten, aber auch von dessen Vorgängertypen Alpha, Beta und Delta nicht erklärbar sei.

So vermehren sich Viren durch das Duplizieren des genetischen Codes mithilfe der Wirtszellen, in die sie eindringen. Dabei treten immer wieder spontane Veränderungen auf, die sich im Laufe der Zeit häufen, aber nur äußerst selten einen Einfluss auf die Protein-Sequenz des Virus selbst haben, sondern vielmehr lediglich der Anpassung an den Wirt dienen. Und auch die seltenen, das Virus verändernden Mutationen sind dem Erreger oft nicht nützlich und verschwinden deshalb wieder.

## Zu wenige "stille Mutationen"

Diese für das Virusprotein belanglosen genetischen Veränderungen bezeichnen die Forscher als "stille" oder "synonyme Mutationen". Sehr viele davon seien nötig, um eine tatsächlich bleibende Protein-Veränderung zu erzeugen, wie sie bei den einzelnen Corona-Varianten aufgetreten war, erklären die Forscher in der Studie.

Doch genau diese synonymen Mutationen fehlten weitgehend in der Evolutionskette von SARS-CoV-2 bis hin zu den verschiedenen Omikron-Varianten, die das Team um Tanaka und Miyazawa nachvollziehen konnte.

Die Autoren hatten die öffentlichen Datenbanken für Virussequenzen durchforstet, um die Evolutionsgeschichte der merkwürdig vielen, nämlich 37 Mutationen nachzuvollziehen, die das Spikeprotein von Omikron BA1 verändert hatten. Dieses Protein findet sich an der Hülle des Virus und wird von Wissenschaftlern für schwerwiegende Krankheitsfolgen verantwortlich gemacht. Bis auf eine waren demnach alle Veränderungen vollständig neu. Es sei "unmöglich", dass derart viele Mutationen in einem Virusstamm auf natürliche Weise entstehen können, berichten die Forscher.

Dass sich Omikron aus der Delta- oder anderen Vorgänger-Varianten gebildet haben könnte, sei aufgrund fehlender Zwischenschritte "unvorstellbar", so die Autoren.

## Omikron zirkulierte bereits 2020 in den USA

Zudem stießen die Forscher auf chronologische Merkwürdigkeiten, die ihre Laborthese zu stützen scheinen. Offiziell tauchte die erste Omikron-Variante im November 2021 in Botswana auf und verbreitete sich anschließend massiv in Südafrika. Dort habe sie die sogenannte Delta-Variante innerhalb von nicht einmal einem Monat nahezu verdrängt. Wenig später tauchte sie in anderen Teilen der Welt mit ähnlichen Folgen auf.

Die Wissenschaftler fanden nun in den Datenbanken allerdings Belege, wonach Omikron bereits im Jahr 2020 zirkulierte, und dies ausgerechnet auf dem Gebiet der USA. Sie schreiben:

*"Demnach waren in Puerto Rico im Jahr 2020 bereits 204 Abstammungslinien [Anmerkung: von Omikron] verbreitet, wobei 15 Isolate die vollständige Omikron BA-Genetik aufwiesen."*

Weitere Virus-Isolate hätten perfekt mit anderen, offiziell noch später aufgetauchten Omikron-Varianten übereingestimmt. Das Fazit der Studienautoren ist bemerkenswert:

*"Das Vorhandensein dieser Isolate widerlegt die Etablierung von Omikron-Stämmen durch einen kontinuierlichen Evolutionsprozess durch Anhäufung von Mutationen. ... Die Isolate BA. 1, BA. 1.1. und BA. 2 waren keine Produkte einer Genomentwicklung, wie sie in der Natur beobachtet wird."*

## Starke Indizien für Labor-Ursprung aller Varianten

Schließlich stellen die Forscher zu Diskussion, ob der wahrscheinlich unnatürliche Ursprung der Omikron-Varianten nicht auch den Blick auf die Vorgänger-Virustypen von Alpha bis Delta schärfen müsse. Auch bei diesen Viren spreche viel für eine künstliche Erzeugung. Dazu gehörten beispielsweise Merkwürdigkeiten im Zusammenhang mit der sogenannten Furin-Spaltstelle, mit der der Erreger an die menschliche Zelle andockt.

So seien auch die früheren Corona-Varianten bereits bei ihrem Auftauchen ungewöhnlich infektiös gewesen, ohne dass der dafür notwendige Evolutionsweg nachvollziehbar sei. Die anschließend aufgetauchten Mutationen zeigten eine Art umgekehrte genetische Entwicklung im Vergleich dazu, wie sie in der Natur zu erwarten gewesen wären. Viren derart zu verändern, sei in der Virusforschung üblich. Es sei wahrscheinlich, so die Autoren, dass das Spikeprotein im Labor verändert wurde. Die Forscher schreiben weiter:

*"Das stützt die Hypothese, dass jede Virus-Variante künstlich synthetisiert wurde. ... Die Art und Weise der SARS-CoV-2-Mutationen muss zu einer Neubewertung der Pandemie führen."*

## Hinweise seit Beginn der Pandemie

Dass das neue Corona-Virus ein Produkt genetischer Labor-Experimente sein könnte, vermuteten einige renommierte Wissenschaftler schon kurz nach der Ausrufung der Pandemie durch die WHO. Der Anfang 2022 verstorbene Entdecker des HIV-Erregers, Luc Montagnier, meldete sich bereits im April 2020 zu Wort. Er erklärte damals, dass der Erreger Sequenzen enthalte, die nicht natürlich in Corona-Viren vorkämen. Darüber berichtete der Autor Mathias Bröckers im Online-Portal *Telepolis*. Montagnier war nicht der Erste, der Auffälligkeiten dieser Art feststellte.

Zuvor hatten indische Forscher eine ähnliche Entdeckung gemacht: Sie fanden für Corona-Viren unübliche Gensequenzen im Spikeprotein, die eher denen in HI-Viren ähnelten. Ihre Studie hatten sie bereits am 2. Februar 2020 veröffentlicht, das Papier dann aber zurückgezogen, nachdem sie anscheinend unter Druck geraten waren.

Fast genau ein Jahr später, im Februar 2021, sorgte der Hamburger Nanowissenschaftler Roland Wiesendanger für Aufsehen: Alle Hinweise und Indizien deuteten seiner Einschätzung nach auf einen Labor-Ursprung des Virus hin, wie auf der Webseite der Universität Hamburg nachzulesen ist. Ein weiteres Jahr darauf zeigte sich Wiesendanger laut *Infosperber* noch überzeugter: Demnach erklärte er der Neuen Zürcher Zeitung Anfang 2022:

*"SARS-CoV-2 stammt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus einem Labor in Wuhan – und zwar keinem der höchsten Sicherheitsstufe. Es gibt zudem Hinweise, dass auch die Omikron-Variante in einem Labor erzeugt wurde."*

Somit kommen die neuen Ergebnisse der japanischen Virologen nicht völlig unerwartet. Allerdings muss ihre Studie noch von Forscher-Kollegen im sogenannten Peer-Review-Verfahren begutachtet werden. Sollte sie diesen akademischen Prüfungen auch nur in Teilen standhalten, wäre dies ein erster Beleg für ungeheuerliche Machenschaften hinter den verschlossenen Türen biologischer Forschungseinrichtungen.

\* \* \*

## Totschweigen – Der von Washington verordnete Umgang mit Kiews Misserfolgen an der Front

<https://freedert.online/international/180198-totschweigen-umgang-mit-kiews-misserfolgen/>  
09.09.2023

**Anstatt über die Probleme der Ukraine zu schreiben, müsse man ihre Erfolge hervorheben. Diese Richtlinie erließ ein anonymes "hoher Beamter des Weißen Hauses" bei einem Treffen mit Journalisten. Das spricht Bände über die Sachlage und verheißt für Kiew nichts Gutes.**

*Von Kirill Benediktow*

Nachdem westliche Strategen das ukrainische Kommando zur Aufgabe seiner ursprünglichen Taktik des Vorrückens an der gesamten Front gezwungen hatten, und dazu, stattdessen alle Anstrengungen auf den Durchbruch zum Asowschen Meer zu konzentrieren – ja, seitdem zeichnete sich in der Berichterstattung der westlichen Medien über die ukrainische Gegenoffensive ein ernsthafter interner Konflikt ab.

Ende August erschien in den US-Medien eine Reihe von Berichten, in denen sich ungenannte US-Beamte über den langsamen Fortschritt der Gegenoffensive Kiews beklagten. Insbesondere die *New York Times* zitierte angebliche Behauptungen westlicher Beamter, die Gegenoffensive komme deswegen kaum voran, "weil die Ukraine zu viele Truppen an den falschen Stellen hat".

Dies versetzte das Kiewer Außenministerium in Hysterie: Bei einer Konferenz der EU-Außenminister in Spanien polterte dessen Leiter Dmitri Kuleba gegen die anonymen Kritiker der ukrainischen Streitkräfte mit den Worten, sie würden den ukrainischen Soldaten ins Gesicht spucken und sollten stattdessen "die Klappe halten". Daraufhin ergriff auch das Weiße Haus offiziell das Wort – und sprach sich unterstützend zugunsten Kiews aus.

Am 2. September verlautbarte der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates John Kirby (eine Figur Jake Sullivans, der wiederum ein Mann Obamas ist), "in den letzten 72 Stunden oder so" habe es "bemerkenswerte Fortschritte der ukrainischen Streitkräfte [...] in der südlichen Stoßrichtung der Offensive, die aus dem Gebiet Saporoschje kommt", gegeben.

Kiew seinerseits tat sich durch Einwürfe in den Informationsraum hervor, sein Militär habe endlich die erste russische Verteidigungslinie an mehreren Stellen am Frontabschnitt Saporoschje durchbrochen – und vor diesem Hintergrund wirkte auch Kirbys Erklärung recht beruhigend. Kirby hatte damit zwar die Siegesreden des ukrainischen Militärs nicht geradeheraus bestätigt, dafür aber angedeutet, dass an ihnen etwas Wahres dran sei – und gab sogar bekannt, die ukrainischen Truppen hätten "einige Erfolge gegen die zweite russische Verteidigungslinie erzielt".

Der wichtigste Punkt in Kirbys Rede war jedoch, dass er die Kritik an den Bemühungen Kiews durch anonyme US-Beamte in den jüngsten Medienberichten als nutzlos bezeichnete – und allen Verantwortlichen mit recht transparenten Andeutungen dringend mehr Besonnenheit ans Herz legte:

*"Wir alle haben Kritik seitens anonymer Beamte gesehen, die, offen gesagt, nicht zum Erfolg der Ukraine beiträgt."*

Und dann berichtete doch tatsächlich *The Guardian*, ein "hochrangiger westlicher Beamter" habe gegenüber Journalisten unverblümt erklärt, Kommentatoren aller Art und die Medien sollen sich nicht "darauf fixieren, wie viele Hundert Meter heute erklommen wurden". Auch mache die Ukraine an Teilen der südlichen und östlichen Front "allmähliche, aber methodische Fortschritte". Doch selbst diese anonyme Person (bei der man leicht entweder Sullivan selbst oder einen seiner Helfer vermuten kann) sah sich jedoch zum Eingeständnis gezwungen, dass diese angeblichen Fortschritte "langsamer sind als noch vor ein paar Monaten erwartet".

Anstatt über die Probleme der Gegenoffensive zu schreiben, sollten also die bisherigen Erfolge der Ukraine hervorgehoben werden, so die Maßregel des Beamten an die Journalisten. Hierzu gehöre, dass Russland Kiew nicht einnehmen konnte, "die Hälfte des ursprünglich eroberten Gebiets" an Kiew zurücklassen musste und dass sich die NATO-Mitglieder um Selenskij scharen.

Warum ist es für das Weiße Haus so wichtig, jeden Zweifel daran auszumerzen, dass für Kiew alles gut läuft? Weil mittlerweile selbst Medien, die mit Kiew sympathisieren, zugeben müssen: Bei der

ukrainischen Gegenoffensive gelang es bisher nicht, auch nur eine einzige größere Ortschaft zurückzuerobern. Der bereits zitierte *Guardian* schreibt:

**"Russland bezeichnet die ukrainische Offensive bereits als gescheitert."**

Dabei versucht das Blatt nicht einmal, diese Aussage zu widerlegen. Und mit dem Einsetzen von kaltem Wetter und Regen wird dieses Scheitern noch offensichtlicher werden.

Dazu kommt ein weiterer Weckruf für Kiew: Für das nächste Treffen der westlichen Verteidigungsminister im September, das der Koordinierung der militärischen Hilfe für die Ukraine gewidmet sein wird, ist ein anderer Schwerpunkt geplant als ansonsten üblich: Er soll diesmal nicht auf der Bereitstellung einer großen Menge neuer militärischer Ausrüstung liegen, sondern auf der Wartung und Instandsetzung der bereits erhaltenen.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

*Kirill Benediktow ist russischer Politologe, Historiker und Schriftsteller. Er ist Autor politischer Biographien von Marine Le Pen und Donald Trump sowie im Bereich der Belletristik im Genre "Science Fiction" und Träger mehrerer Auszeichnungen.*

\* \* \*

## **Drei Wahlen treiben Brüssel den Angstschweiß auf die Stirn**

<https://freedert.online/europa/180286-drei-wahlen-treiben-bruessel-angstschweiss/>

10.09.2023

**Drei Parlamentswahlen stehen innerhalb der EU in diesem Herbst an. In den Niederlanden haben EU- und Klimaskeptiker bei den Wählern gute Chancen. In Polen könnte sich die Macht der mit der EU im Clinch liegenden Regierungspartei weiter festigen. In der Slowakei mehren sich die Stimmen gegen die antirussischen Sanktionen.**

*Von Pierre Lévy*

Die Aussicht auf drei nationale Wahlen bis zum Ende des Jahres beginnt den Befürwortern der europäischen Integration den Angstschweiß auf die Stirn zu treiben: am 30. September in der Slowakei, am 15. Oktober in Polen und am 22. November in den Niederlanden.

In den Niederlanden wird es sich um eine vorgezogene Wahl handeln: Eine politische Krise führte am 7. Juli zum Sturz der Regierung unter der Führung des Liberalen Mark Rutte – der seit 2010 an der Spitze seines Landes stand – und zum Auseinanderbrechen der Koalition, die neben den Liberalen die Christdemokraten, die D66 (Sozialliberale) und eine Partei protestantischer Fundamentalisten umfasste.

In Brüssel blickt man immer noch mit Sorge auf dieses kleine EU-Gründungsland, in dem die Bevölkerung 2005 den Entwurf einer EU-Verfassung und 2016 einen Ukraine-EU-Vertrag massiv abgelehnt hatte. Die Niederlande haben auch den – oft kurzlebigen – Erfolg von EU-kritischen Parteien erlebt. Dies war zum Beispiel der Fall, als im Jahr 2010 der als Populist eingestufte Geert Wilders 15 Prozent der Stimmen erhielt. Heute hat dieser seine anti-islamische Sprache (etwas) abgemildert und einige spekulieren über ein Bündnis seiner Partei mit den Liberalen, da diese ihrerseits ihre Einstellung zur Einwanderungspolitik verschärft haben. Es war im Übrigen dieser Punkt, an dem die scheidende Koalition zerbrach, da Ruttés Partner sich weigerten, ihm auf diesem Weg zu folgen.

Die Gefahr für die EU-Befürworter kommt dieses Mal jedoch von anderer Seite. Sie reicht bis ins Jahr 2019 zurück, als die Regierung einen Plan zur Senkung der Treibhausgasemissionen ankündigte, unter anderem durch die Planung drastischer Einschnitte in der Rinderzucht. Seitdem ist die Wut der vom Aussterben bedrohten Landwirte, die auch von Gruppen wie "Extinction Rebellion" bisweilen drangsaliert werden, stetig gewachsen. Und das in Übereinstimmung mit einem Teil der Bevölkerung, der an dieser wichtigen Säule der niederländischen Wirtschaft hängt und der die gerichtlichen Ukase satthalt, die die Regierung dazu verurteilen, immer mehr für den "Klimaschutz" zu tun.

In diesem Kontext kam es zu einem Erdbeben bei den Regionalwahlen am 15. März, als eine völlig neue Gruppe mit dem Namen Bürgerliche Bauernbewegung (BBB) auftauchte. Mit fast 20 Prozent der Stimmen überholte sie alle traditionellen Parteien, einschließlich der Partei des Premierministers, die mit 11 Prozent der Stimmen den zweiten Platz belegte. Die BBB, die von einer absoluten Neueinsteigerin in der Politik gegründet und geleitet wird, wuchs von null auf 137 regionale Sitze. In den folgenden Monaten stiegen die Wahlabsichten für sie im Hinblick auf den November auf über 30 Prozent, bevor sie wieder auf ein etwas bescheideneres Niveau zurückfielen.

In einem Punkt gibt es jedoch kaum Zweifel: An der Bewegung, die sich gegen ökologische Übertreibungen wendet, führt nun kein Weg mehr vorbei. Ihr Ergebnis wird umso mehr unter die Lupe genommen werden, als die sozialdemokratische Linke und die Grünen beschlossen haben, ein Bündnis einzugehen und Frans Timmermans zu ihrem Anführer ernannt haben. Dieser ist der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission (der gerade zurückgetreten ist, um den Wahlkampf zu führen), verantwortlich für den Brüsseler "Green Deal" und Verfechter der radikalsten Maßnahmen "zur Rettung des Planeten".

Umweltfragen werden auch im polnischen Wahlkampf nicht ganz abwesend sein. Schon allein deshalb, weil die scheidende, von der rechtsnationalen PiS (Recht und Gerechtigkeit) geführte Regierung damit gedroht hat, die Brüsseler Umweltpläne vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Bisher hatte Warschau diese Pläne – die eine drastische Reduzierung der Kohle, der Stütze der nationalen Wirtschaft, vorsehen – immer hart verhandelt, sie aber stets akzeptiert.

Aber dies ist nur eine von sehr vielen Rechtsstreitigkeiten mit Brüssel. Polen (wie auch Ungarn) steht immer noch unter Sanktionen und Verfahren der Europäischen Kommission: Das gilt für die Umwelt, aber auch für die Einhaltung der "Rechtsstaatlichkeit", die Unabhängigkeit der Justiz und die Freiheit der Medien – alles Beschwerden, die bislang die Auszahlung jedes Cents aus dem 2020 beschlossenen "europäischen Belebungsplan" in Höhe von 750 Milliarden Euro blockiert haben.

Im Duett mit Budapest stellt Warschau auch den Plan zur Aufnahme von Flüchtlingen infrage, der im Juni 2022 von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten angenommen wurde. Auch hier ist die Migrationspolitik ein heikler Streitpunkt. In Brüssel wünscht man sich sicherlich einen Sieg der Opposition, die sich um die PO (Bürgerplattform, rechtsliberal) gebildet hat und vom ehemaligen Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, angeführt wird. Diese Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, aber derzeit wenig wahrscheinlich.

Vor diesem Hintergrund sollte Brüssel sich damit abfinden, weiterhin mit einem von der PiS geführten Land zu leben, das zudem geschont werden muss. Denn wenn Polen seinen europäischen Partnern auch in vielerlei Hinsicht das Leben schwer macht, so ist es doch zugleich ein Musterbeispiel für antirussische Unnachgiebigkeit und nimmt für sich in Anspruch, "an der Frontlinie" zu stehen und Meister der Unterstützung für die ukrainische Regierung zu sein. Unter diesen Umständen ist es schwierig, die Streitigkeiten zu weit zu treiben.

Umgekehrt könnten die Ergebnisse der Wahlen in der Slowakei die antirussische Verankerung der bisherigen Machthaber aufbrechen. Die scheidende Regierung war besonders instabil: Das Land hat seit den Wahlen im Jahr 2020 nicht weniger als drei Premierminister erlebt. Nach diesen Wahlen hatte sich eine ungleiche Koalition gebildet, deren einziges Ziel es war, die amtierende Sozialdemokratische Partei (SMER-SD) zu schlagen.

Ihr Vorsitzender Robert Fico, dessen EU-kritische Haltung mit der des Ungarn Viktor Orbán vergleichbar ist, dominierte und spaltete die politische Szene. Fico war jedoch 2018 nach der Ermordung eines Whistleblower-Journalisten zum Rücktritt gezwungen worden. Seine Regierung war von seinen Gegnern der Komplizenschaft bei diesem Mord verdächtigt worden.

OLaNO, eine selbsternannte Anti-Korruptionsbewegung ohne vorherige politische Existenz, hatte bei den Wahlen 2020 einen unerfahrenen und autoritären Führer an die Spitze des Landes gebracht, der in seiner eigenen Partei und unter seinen Verbündeten schnell umstritten war. Es folgte eine Phase extremer politischer Verwirrung, die schließlich in der Ankündigung der Wahl am 30. September mündete.

SMER-SD hat von dieser Entwicklung profitiert und ist wieder im Aufwind. Umfragen zufolge liegt sie nun bei über 20 Prozent der Wählerstimmen. Dies reicht jedoch nicht, um eine Mehrheit der Sitze zu erobern – auch nicht im Bündnis mit zwei oder drei euroskeptischen Parteien, die oft als rechts oder rechtsextrem eingestuft werden (eine Koalition, die den europäischen Sozialdemokraten, denen die SMER-SD noch angehört, sehr missfallen würde).

Auf der anti-Fico Seite haben aber die verschiedenen Parteien nur ihre Treue zur atlantischen Verankerung und zur bewaffneten Unterstützung der Ukraine gemeinsam. Auf wirtschaftlicher, sozialer oder gesellschaftlicher Ebene hätte es eine solche Koalition schwer, Kohärenz zu finden.

Robert Fico scheint auf die als "pro-russisch" bezeichneten Wähler zu zählen, die einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung ausmachen (laut Meinungsforschern mehr als ein Drittel). Er vertritt die Ansicht, dass die Sanktionen gegen Moskau der Wirtschaft und der Bevölkerung schaden, plädiert für die Souveränität seines Landes und hat sogar die dort stationierten NATO-Soldaten mit der Wehrmacht verglichen... Ein Sieg der SMER-SD würde also wahrscheinlich in Brüssel eine gewisse Panik auslösen.

Einwanderung, Umwelt, Beziehungen zu Russland: Wie auch immer die Wahlen in diesen drei Ländern ausgehen werden, die Themen, die im Mittelpunkt der Debatten stehen, sind genau die Themen, die für Brüssel am gefährlichsten und explosivsten sind.

\* \* \*

## **"Unmerkliche und langsame" Einführung: So plant die EU-Kommission den digitalen Euro**

<https://freedert.online/europa/180121-unmerklich-und-langsam-so-plant/>

11.09.2023

**Ähnlich, wie mit dem klassischen Euro vor über zwanzig Jahren, wird auch beim Start seiner digitalen Fassung niemand in der EU gefragt, ob man das so will. Dabei stehen Freiheit, Privatsphäre und der Rest finanzieller Selbstbestimmung, der noch übrig ist, auf dem Spiel.**

*Von Elem Chintsky*

Jeder, der glaubt, der digitale Euro sei noch Gegenstand reger Debatte und sein Schicksal immer

noch ungewiss, befindet sich im Endstadium pathologischer Naivität.

Mit den jüngsten Äußerungen der Finanz-Kommissarin der EU, Mairead McGuinness, ist mittlerweile klar, wohin die Reise geht:

*"Bargeld wird immer weniger verwendet. Wir benutzen unsere Karten und Telefone, um einzukaufen, wir betreiben elektronischen Handel. Und wenn es eine Zeit gäbe, in der Bargeld sehr stark abgenommen hat, wo haben wir dann öffentliches Geld – das öffentliche Geld der Zentralbank -, wenn nicht in Bargeld? Wir brauchen eine digitale Version davon."*

Des Weiteren fügte McGuinness bei ihrem Auftritt in der Brüsseler Denkfabrik Bruegel hinzu, dass die EU verpflichtet sei, sich damit zu befassen.

Ihren Aussagen zufolge versteht sie die EU-Parlamentswahl im Juni 2024 und die darauffolgende Ernennung der neuen EU-Kommission lediglich als Formalitäten auf dem Weg der "unmerklichen und langsamen" Implementierung eines digitalen Euros.

Befürworter von digitalem Zentralbankgeld (zu Englisch: central bank digital currency, oder CBDC) – zu welchem auch ein digitaler Euro gehören würde – unterstrichen in den letzten Jahren stets, dass der Begriff selbst sehr breit gefasst ist. Mittlerweile sei man sich aber sicher, dass der digitale Euro von der Beschaffenheit ähnlich den heutigen Banknoten und Münzen wäre – also von der EZB gedeckt. Diese Deckung stellt für CBDC-Enthusiasten die stärkste denkbare Garantie dar, da laut ihnen die Zentralbank nicht versagen kann. Der digitale Euro ist für sie eine Form von staatlichem Geld – obwohl die Prämisse, dass Zentralbanken a priori und tatsächlich immer als öffentliche Einrichtungen den jeweiligen Staaten, ihren Völkern und ihren Interessen unterliegen, noch recht disputabel ist. Sogar heute noch haben die Zentralbanken Griechenlands, der Türkei, Belgiens, Italiens, der Schweiz – und natürlich der USA – große, private Aktionäre mit ganz eigenen Motivationen.

In jedem Falle wird der digitale Euro mit Kryptowährungen konkurrieren – vor allem mit den von privaten Unternehmen geschaffenen Stablecoins – wie Tether oder dem USD Coin – die an nationale Fiatwährungen geeicht sind. Die Experten, die sich in solch hohen Tönen äußern, gehören selten zu Kritikern staatlicher Versäumnisse in monetärer Politik – eine vorsätzliche Kausalität bei der steigenden Inflationsrate, beziehungsweise Minderung der Kaufkraft der nationalen Währung wird gar nicht erst vermutet oder vernommen. An solchen didaktischen Gabelungen ist plötzlich wieder die unsichtbare Kraft des "freien Marktes" schuld, nicht aber der bürokratische Koloss namens Vater Staat und seine Zentralbank.

Um das dann doch in den richtigen Kontext zu rücken, hört man sich die Aussagen eines Bo Li an, der als stellvertretender Geschäftsführer des Internationalen Währungsfonds, im Oktober 2022 Folgendes zu CBDC erläutert hat:

*"CBDC kann es Regierungsbehörden und Akteuren des privaten Sektors ermöglichen ... zielgerichtete politische Funktionen zu programmieren. Durch die Programmierung eines CBDC kann das Geld genau dafür eingesetzt werden, was die Menschen besitzen können [und was sie tun können]."*

Bei diesem Wortlaut sollte man sich nun an die weltweite, über zweijährige Coronakrise erinnern, in welcher die größten Freiheitsberaubungen, die dreistesten Überschreitungen der eigentlich verfassungsgeschützten Unverletzlichkeit von Körper und Würde veranstaltet wurden. Die massenpsychologischen Druckmittel von Staat und Systemmedien wären noch viel effektiver anzuwenden gewesen, da ja das anfangs als "inklusive" und "sovereän" angekündigte, digitale

Zentralbankgeld plötzlich "zielgerichtet programmiert" werden kann – um in einer "Krisensituation" lästigen Querdenkern, Querstellern oder einfach nur zögernden Zweiflern rasch Paroli zu bieten: mit Sanktionen und "Anregungen" währungstechnischer Natur. Für monetäre Diskriminierung wäre damit ein extrem fruchtbarer Boden in einem noch nie dagewesenen Maßstab bestellt.

Regierungen hätten einen nie zuvor bekannten Zugang zu den Finanzdaten der Bürger. Dies wiederum sollte tiefe Bedenken hinsichtlich der Überwachung und der Aushöhlung der finanziellen Privatsphäre wecken. Die Möglichkeit für den Staat, digitale Transaktionen detailliert und mit mächtigen Big Data-Algorithmen zu verfolgen, zu interpretieren und zu kontextualisieren – was somit die Volksvertreter an die Pforte zum potenziellen Machtmissbrauch treibt – müsste verinnerlicht werden. Dass Regierungen nicht versucht sein werden, diese Informationen zur Überwachung der Bürger zu nutzen, ist ein blauäugiger Wunschtraum. Dazu würde die Verfolgung von politischen Dissidenten und Whistleblowern gehören sowie die einfache Überwachung der Ausgabengewohnheiten von normalen Bürgern.

Bereits in den letzten Jahren wurden unliebsame, politisch Andersdenkende so sanktioniert, dass ihnen ihre herkömmlichen Konten gesperrt wurden. Zum Beispiel lamentierte die *taz* im September 2020, dass sich unter den deutschen Banken noch die GLS fand, die dem vermeintlichen "Coronaleugner" Ken Jepsen erlaubt hatte, ein Bankkonto zu führen. Laut den Ethikern des "linksalternativen" Blattes, hätte die GLS Jepsen strikt eine Kontoführung verweigern sollen. Noch vor Corona hatte die Deutsche Bank Politikern der AfD die Konten gekündigt. Der Internet-Bezahldienst Paypal tat dasselbe mit dem deutschen Journalisten Boris Reitschuster. Mit digitalem Zentralbankgeld könnten solche Dienstleistungsverweigerungen in der finanziellen Nahrungspyramide viel weiter oben umgesetzt werden.

Kaum jemandem dürfte entgangen sein, dass es seit der Coronakrise ein weltweit enormes Inflationsproblem gibt, welches mittlerweile eine industrialisierte Volkswirtschaft nach der anderen in die Rezession zwingt. Dieser Trend wird auch weiter so laufen. Dass die CBDCs in den Fachmedien bereits seit vielen Monaten als "Heilung" gegen die steigenden Inflationsraten aufbereitet werden, ist klar. Dort identifiziert man den Ursprung zügelloser Inflation bei der Ratlosigkeit und Unbeholfenheit der Zentralbanken, denen leider bisher genaue Wirtschaftsdaten gefehlt haben, um bessere Entscheidungen treffen zu dürfen. Digitales Zentralbankgeld, das alle Transaktionen und Transfers leserlich aufzeichnet, würde da Aushilfe verschaffen. So lautet zumindest die populistische Wahlkampagnen-Rhetorik. Ironischerweise ist es ein monetäres Forschungspapier aus diesem Jahr, das von der EZB und der EU finanziert wurde, worin die Wissenschaftler sich ehrlich eingestehen, dass die bloße Anwesenheit eines CBDC im Finanzsystem allein, keinen Unterschied machen würde. Auf Seite 27 sagen sie klar: "Insgesamt sind die Auswirkungen eines geldpolitischen Schocks auf die Inflation fast identisch, mit und ohne ein CBDC."

Die Forscher halten fest, dass laut ihren Kalkulationen und Simulationen, trotzdem hervorgeht, dass es die geldpolitische Entscheidung von Kommissaren, Zentralbank-Vorsitzenden und Politikern ist, die am Ende den Effekt auf die Wirtschaft hat, nicht das "neue" oder "neuartige" Geldmedium an sich.

Trotz dieser ernüchternden Klarstellung: Der erstgenannte, verheißungsvolle Vorwand, um den digitalen Euro einzuführen, würde die Chance bieten für einen zumindest teilweisen "Reset" des Inflationsfiaskos, dem sich derzeit praktisch alle Industrienationen ausgesetzt fühlen. Der leitende Stratege der Bank of New York Mellon Co. – Geoffrey Yu – behauptet sogar, dass die milliardenschweren Geldpakete während der Coronapandemie mit programmierbaren CBDC viel effizienter hätten eingesetzt werden können. Wenn die Regierung dieses neue Geld an die

Menschen verteilt hätte, "hätte man die CBDC-Wallet-App so programmieren können, dass die darin enthaltenen Gelder nur in bestimmten Bereichen ausgegeben werden können und auch ein bestimmtes Verfallsdatum haben ... Der Stimulus könnte daher auf die Unterstützung eines bestimmten Sektors ausgerichtet werden", so Yu.

Nach rudimentärster Dialektik einer scheinbar genuinen Triade der These-Antithese-Synthese wird eine einzige Instanz – die das systemische Problem moderner monetärer Politik erst erschaffen und dann vertieft hat – die Zentralbank – auch die allumfassende Lösung stellen. Das systemische Problem ist ein dynamisches Mosaik aus Inflation, zügelloser Geldneuschaffung, die zu einer Erhöhung der Geldmenge ohne vorstellbare Obergrenzen führt. Dazu gesellt sich dann im Wechsel die Erhöhung des Leitzinses und die stets expansiv befeuerte Staatsverschuldung (die niemanden etwas kümmert und als eigene, harmlose Domäne betrachtet wird), sowie schlussendlich die Abwälzung der Abfederung dieser Spekulation auf den herkömmlichen, nichts ahnenden Steuerzahler. Eine lineare Rückkehr von dieser Entwicklung kann es nicht geben. Sonst würden ja die staatlich finanzierten Wirtschaftswissenschaftler das Rätsel längst gelöst haben.

These: Die klassische westliche Zentralbank ist historisch unfehlbar. Antithese: Die klassische westliche Zentralbank ist fehlbar – historische Beispiele, die lediglich im Diskurs programmatisch verschleiert wurden, gibt es zuhauf – und das Phänomen des Bitcoins hat teilweise geholfen, diese Einsicht ans Tageslicht zu spülen. Das heißt, ein geregelter Reset müsste her, der einerseits den Status quo der Machtverhältnisse in Finanzen und Politik bewahrt – andererseits der Öffentlichkeit den Schein eines neuen Windes, eines neuen finanziellen Paradigmas beschert. Dies wird die Synthese sein, mit der man den Sieg über die mystifizierte, obskure, einschüchternde und bedrohliche Aura des Phänomens Inflation triumphierend ausruft. Die Synthese in anderen Worten: Die Zentralbanken der Welt machen sich Aspekte der Blockchain-Technologie zu eigen, um den Anschein einer Dezentralisierung und einer kryptografisch determinierten Unkorruptierbarkeit überzustülpen. In Wirklichkeit wird die Distributor-Leder-Technologie, wie sie in der Blockchain-Industrie seit über einer Dekade laufend weiterentwickelt wird, am Ende von einer zentralisierten Datenbank, die von menschlichem Makel und politischem Kalkül eingefärbt ist, wieder getrumpft.

Unnötig stark alimentierende Sozialprojekte, die den Bürger noch mehr an den Staat binden sollen, werden folgen. Wie ein vermeintlich "bedingungsloses", universelles Grundeinkommen, das an "gewisse", klein gedruckte Bedingungen gebunden ist. Es werden solche ersten populistischen Maßnahmen sein, die den Staatsbürgern die Berührungsangst mit CBDC nehmen und zivilgesellschaftliche und verfassungsrechtliche Wachsamkeit in die Beliebigkeit entlassen.

Also ja, digitales Zentralbankgeld ist "programmierbares Geld" – und zwar zentral "programmierbares Geld". Zurück zu den Enthusiasten dessen. Diese beteuern stur, dass man trotz allem dem Staat vertrauen müsse – wenn nicht dem Staat, wem denn dann? Dabei geht es bei Kryptowährungen, wie bereits angedeutet – besonders bei dem Bitcoin – um das Konzept, dass es beim Wert- beziehungsweise Geldmittelaustausch keiner zentralen Entität zu vertrauen gilt. Sondern auf mathematisch determinierte Kryptografie setzt, die Transaktionen multilateral und dezentral in einem Blockchain-Netzwerk verifiziert. Nicht, weil eine zentrale Machtinstanz eine Transaktion als politisch genehm identifiziert hat und sie deshalb verifiziert.

Im Oktober soll die Europäische Zentralbank bereits die finale Entscheidung über die Implementierung des digitalen Euros – angesetzt für die nicht allzu entfernte Zukunft – fällen. Was wird wohl deren Verdikt sein?

*Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt*

*Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Kanal auf Telegram, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.*

\* \* \*

## **"Ernstfall" – ARD und Kanzleramt gemeinsam am Limit**

<https://freedert.online/inland/180539-ernstfall-ard-und-kanzleramt-gemeinsam/>

12.09.2023

**Das Kanzleramt und das blicknahe ARD-Hauptstadtstudio sahen anscheinend Bedarf für eine dreiteilige "Reality-Serie" rund um die coolsten und geeignetsten Politiker seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Ergebnis nach Betrachtung von Teil 1 belegt, Hollywood und Netflix hätten keine besseren Drehbücher abliefern können.**

*Von Bernhard Loyen*

Im Fachjargon nennt man beabsichtigte Abläufe und Umsetzungen auch weiterhin jemanden oder etwas "positiv in Szene oder Bild zu setzen". Es wäre daher interessant, ab welchem Zeitpunkt, ausgehend von den Datumsangaben im Sendematerial, erste Gespräche zwischen dem Regisseur und Produzenten Stephan Lamby, der ARD und dem Kanzleramt stattfanden. Bei dem Sendematerial handelt es sich um einen dreiteiligen Filmbeitrag des *Südwestrundfunk (SWR)* mit dem beeindruckenden Gesamttitel: "Ernstfall – Regieren am Limit". Matthias Deiß, stellvertretender Studioleiter des ARD-Hauptstadtstudios, wusste schon vor der Veröffentlichung am persönlichen Limit wahrnehmend zu behaupten:

*"Diesen Film muss man gesehen haben ... Bester Journalismus zur Primetime!"*

Bescheidenheit, die gute alte ARD-Tugend. Der offizielle Text der ARD-Mediathek gibt den beabsichtigten inhaltlichen roten Faden bekannt:

*"Seit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine steht die Bundesregierung unter gewaltigem Druck. Olaf Scholz, Robert Habeck, Annalena Baerbock und Christian Lindner müssen Entscheidungen von enormer Tragweite treffen. Die Doku-Serie begleitet sie durch die dramatischen Monate historischer Ereignisse."*

Hautnah und professionell durfte dabei Stephan Lamby die auserkorenen Spitzenakteure der Gegenwart begleiten. Dessen Vater, Werner Lamby, gehörte demnach "in den 1960/1970er-Jahren zu den Spitzenbeamten" der überschaubaren und gut vernetzten alten Bonner Republik. Zudem war er "von 1993 bis 1999 Ehrenpräsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik". Dass er als dienlicher Türöffner agierte, als sein Sohn im Jahre 1997 die "ECO Media TV-Produktion" gründete, die "vor allem Dokumentationen zu Politik, Wirtschaft, Geschichte, Kultur und Wissenschaft produziert", sollte als Tatsache betrachtet werden. Es folgten annähernd jährlich Produktionen rund um das politische Berlin. Nun also der Hochglanz-Dreiteiler für den SWR.

Jeder der drei Teile ist rund dreißig Minuten lang. Ich habe mir bis dato nur Teil 1 angesehen, um einen ersten Eindruck gewinnen zu können, warum es dieser Filmdokumentation seitens der ARD und dem Kanzleramt für die Zuschauer vermeintlich bedarf. Was in dieser Folge sehr interessant ist, ist die erlaubte Anwesenheit der Kamera in den Arbeitsräumlichkeiten der vier Hauptprotagonisten, wie auch die Begleitung bei Außenterminen, auch außerhalb Deutschlands. Alle vier geben sich in Interviewpassagen bemüht locker, Herr Habeck auch lässig. Kanzler Scholz gewohnt steif und bräsig, Christian Lindner und Annalena Baerbock angespannt und zu offensichtlich bemüht in ihren Formulierungen.

"Es war einmal eine neue Regierung mit guten Vorsätzen", lautet der erste Satz von Teil 1: "Der Angriff". Frau Baerbock, als frisch gekürte Außenministerin, darf dann gleich im Dezember 2021 folgenden Politik-Poesiealbumstext in die Kamera sprechen:

*"Jede neue Regierungszeit ist ein neuer Anfang und bekanntermaßen hat jeder Anfang einen Zauber inne."*

Man hätte schon gerne gewusst, ob da noch mehr schlaue-schöne Sätze folgten, aber es erfolgte der fließende Wechsel zu dem aalglatten Christian Lindner. Der bestätigte auch gleich sein biegsames Dasein mit dem Strebersatz:

*"Ich war zunächst vorsichtig, denn das ist eine große Verantwortung."*

So ist er, immer schön den Blick auf potenzielle Hintertürchen, um bei Stress schnell abzuhaufen. Es folgte der Kinderbuchautor Robert Habeck, auch gefürchtet für seine freigesprochenen Weisheiten:

*"Das war eine wilde Entschlossenheit, jetzt auch den Aufbruch zu organisieren."*

Dass er dabei eigentlich von organisiertem Abbruch spricht, wollte weder Produzent Lamby bestätigt bekommen, noch realisierte Habeck die Kraft seines Satzes. Der Irrsinn, dies alles passiert in den ersten 36 Sekunden von Folge 1. Herr Scholz brauchte oder sollte noch nichts kommentieren, im Hintergrund begleitet die ganze Zeit Solo-Pianomusik. Die Off-Stimme kündigt dramaturgisch förderlich und bedienend an – Zeit für Popcorn:

*"Doch dann, dann kam alles ganz anders."*

Und wer könnte dies den ARD-Zuschauern nicht besser erklären, also wieso und weshalb, als erneut Annalena Baerbock, die am 24. Februar 2022 von ihren Redenschreibern im Auswärtigen Amt ausgedruckt, folgenden Satz wörtlich mitteilte:

*"Liebe Mitbürgerinnen und liebe Mitbürger, wir sind heute in einer anderen Welt aufgewacht. Nach Monaten der Vorbereitung, von Lügen und Propaganda hat Präsident Putin heute Nacht entschieden, seinen Drohungen schreckliche Taten folgen zu lassen."*

Niemand der deutschen Bürger konnte ja erahnen, dass man sich rund 19 Monate später wirklich fühlt, wie in einer anderen Parallelwelt des alltäglichen Irrsinns. Der Produzent lässt zudem beim Satzabschnitt "hat Präsident Putin" akustisch und optisch reingeschnitten, russische Kampfflugzeuge in das verträumte Blickfeld von Kanzler Scholz fliegen, der zuvor von hinten aufgenommen, ganz konzentriert aus dem riesigen Panoramafenster hinausblickte. Hollywood, made in Germany, at its best. Dann Schnitt zu einem Scholz Auftritt beim Europafest der SPD im Juni 2022. Der kleine Mann brüllt den Gegendemonstranten erregt zu: "Kriegstreiber, Kriegstreiber ist Putin".

So könnte man Minute für Minute die Sequenzen und filmische Vorgehensweise sezieren. Zitate, Off-Kommentare, Bild und Ton-Zuschnitte. Ein beeindruckendes, manipulatives und sehr professionelles Machwerk.

Das Produzententeam darf mit in den Regierungsflieger "zum Antrittsbesuch von Scholz in Washington" am 6. Februar 2022. Der Kameramann läuft durch die Maschine. Interviewt werden, welche Berechenbarkeit, von den mitreisenden Journalisten, zwei Kolleginnen. Eine vom SPD-nahen Redaktionsnetzwerk Deutschland und Tina Hassel vom ARD-Hauptstadtstudio. Diese wusste als

Vollblutjournalistin mitzuteilen, bei den Ereignissen in der Ukraine geht es um die "möglicherweise gesamte, im Moment, um die europäische Nachkriegsordnung". Punkt, Schnitt ins weiße Haus. Den *ARD*-Zuschauer darauf hinzuweisen, dass Frau Hassel da etwas Elementares aus den 1990ern verdrängt hat, Stichwort Jugoslawienkrieg, schien nicht wirklich erwähnenswert für Herrn Lamby.

Es folgt die berühmte Szene der Pressekonferenz von US-Präsident Biden und Olaf Scholz. Der *ARD*-Zuschauer bekommt den Originalmoment der Ankündigung Bidens, dass, wenn Russland die Ukraine militärisch attackiert, die Ostsee-Pipeline obsolet ist: "Wir werden dem ein Ende setzen". Weiterhin anscheinend kein Skandal für die Beteiligten. Vielleicht auch nur eine schlichte Absprache zwischen Lamby, *ARD* und dem Kanzleramt: "Mach danach einfach einen Schnitt, Themenwechsel. Keine Fragen an Scholz". Zu diesem Thema, beim Rückflug nach Berlin. Lamby lieferte die gewünschte und vergütete Umsetzung und wollte daher lieber wissen: "Was will Putin?". Scholz: "Es ist schwer zu sagen, was die eigentliche Perspektive Putins ist ...". Danach ging es nach einem weiteren Schnitt zur Mitbegründerin der Klima-Apokalyptiker der "Letzten Generation".

Es folgen regelmäßige dramaturgische Einblendungen:

- 15 Tage vor Kriegsbeginn
- 9 Tage vor Kriegsbeginn
- 2 Tage vor Kriegsbeginn

So könnte weiter minutiös zitiert und dargestellt werden. So die bizarre Situation, bei Vorstellung des Bundesministers für besondere Aufgaben/Chef des Bundeskanzleramtes, Wolfgang Schmidt, der mit Maske aus dem Kanzleramt in den Innenhof schlendert, um dann drei Bundeswehrsoldaten, ebenfalls alle mit Maske, kurz zuzuschauen, wie sie im Freien, also draußen, für einen potenziellen Gastempfang üben. Die nachfolgenden Szenen vermitteln noch einmal die gigantischen räumlichen Ausmaße des Kanzleramts.

Scholz darf seinen Besuch bei Putin kommentieren, Causa langer Tisch, um mit sicherem Abstand kesse Lippe zu spielen: "Es haben Welche, ich zum Beispiel, ihm gesagt, dass er falsch liegt". Nach der Krisensitzung des Sicherheitskabinetts vom 24. Februar 2022 darf Christian Lindner bedeutungsschwanger in die Kamera raunen:

*"Das sind Entscheidungen von großem Gewicht, die getroffen werden müssen, schwere Entscheidungen."*

Frau Baerbock hatte zu diesem Zeitpunkt ein ganz eigenes Gefühl, weil sich "die Welt für uns, durch eine Nacht komplett für uns in Europa geändert hat". Es folgt dann gegen Mitte des Films die in den sozialen Medien am häufigsten belächelt gestellte Szene. Sie wirkt für sich vollkommen allein in der Betrachtung. Vier ungelernete und überforderte Menschen, sollen vermeintlich in Gedanken versunken, aus vier individuellen Fenstern blicken. Propaganda mit Klaviermusik, in Form klassischer manipulativer Bildsprache. So geht es je nach Nervenkostüm die kompletten 33:58 Minuten bis zum Ende von Teil 1. Die *TAZ* resümiert nach geladener Premierien Anwesenheit in einem Berlin Kino, nach Betrachtung des ganzen Films: "Mal blicken sie ratlos, mal souverän, mal einfach nur müde". Dem ist nichts hinzuzufügen. Produzent Lamby gab der *TAZ* zu Protokoll, dass er "nicht embedded" war, es gab demnach "keine Bedingungen".

Er sei sich zudem sehr sicher, dass so ein Film in anderen Ländern, auch den USA, nicht möglich wäre. Mag es an der Naivität der Hauptprotagonisten liegen, die in Teil 1 wiederholt mehr als unvoreilhaft in Szene gesetzt wurden? Der Hamburger *Spiegel* fasst nach Gesamtbetrachtung zusammen: "Lamby zeigt Politiker in Regierungsverantwortung, die ohne Netz agieren müssen.

Und genau in dem Moment, in dem sie dies tun, geben sie ihm Auskunft." Der *Zeit*-Artikel stellt fest: "Wenn geredet wird im Ernstfall, dann ist das erstaunlich selten interessant". Ja und Nein, aber die Aussagen sind zumindest mehr als entlarvend. Zudem, die Tatsache, welche Fragen – unbewusst oder abgesprochen – nicht gestellt wurden.

Folge 2 trägt den Titel: "Angst", die abschließende Folge: "Streit". Zusammenfassend eine mehr als aufschlussreiche Auftragsarbeit auf *Netflix*-Niveau, mit dem Charakter einer schlichten Propaganda-Auftragsarbeit. In der kritischen Betrachtung mehr als verräterisch, hinsichtlich des erschreckenden "Nicht-Niveaus", der sich immer mehr abzeichnenden Unfähigkeit der leitenden aktuellen Bundesregierung und ihrer Darsteller. All das wurde auf Kosten von Millionen Bürgern, eines ganzen Landes umgesetzt. Wenig überraschend kommt auch ein Buch zum Film auf den Markt.

\* \* \*

## **G20 – Westen sät sinnlos Zwietracht im globalen Süden zum Erhalt "regelbasierter" Weltordnung**

<https://freedert.online/international/180611-g20-westen-saet-sinnlos-zwietracht/>

13.09.2023

**Die „regelbasierte Weltordnung“ als Alternative zum Völkerrecht wird der Westen nicht durchsetzen können. Russlands wirtschaftliches und militärisch-politisches Potenzial bewahrt den Aufstieg des globalen Südens vor einer Verpuffung. Den globalen Süden zu spalten, wird der Westen allerdings versuchen.**

*Von Dmitri Jewstaffjew*

Der zu Ende gegangene G20-Gipfel wird vor allem deshalb in den Köpfen bleiben, weil er den Zwischenstand der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen veranschaulicht hat. Die Zeit wenn nicht der Dominanz des Westens, dann der Grundstimmung der Jasagerei ihm gegenüber, wie sie vor nicht allzu langer Zeit die Durchsetzung antirussischer Resolutionen ermöglichte, ist bereits jetzt vorbei. Und das sieht man nicht nur und auch nicht einmal so sehr an dem Mangel an direkter Unterstützung für die Ukraine.

Allerdings erklang auf dem Gipfel auch die Idee des Aufbaus einer neuen Welt – einer Welt souveräner Staaten, die auf dem BRICS-Gipfel in Johannesburg verkündet wurde – nicht in voller Lautstärke: Sie stieß auf den erbitterten Widerstand der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten.

### **Wir sollten jedoch drei wichtige Umstände beachten, die auf dem Gipfel zutage traten**

- Der G20-Gipfel hat den Vorrang des Völkerrechts als Grundlage der zwischenstaatlichen Beziehungen bestätigt. Darin lag die wichtigste Niederlage des "geeinten Westens": Er hat keine Chancen mehr, das Modell einer "regelbasierten Weltordnung" zu legalisieren. Einer Weltordnung gegründet auf "Regeln", die von Washington je nach politischen Zielen *ad hoc* und willkürlich mittels jeder internationalen Struktur, in der die USA nicht unmittelbar alles dominieren (wie etwa die NATO), geschaffen und aktualisiert werden. Diese "Welt der Regeln" ist nunmehr zu einem Verhaltensmodell verkommen, das nur für die westlichen Länder und ihre Satelliten gilt.
- Es gibt einen auffälligen Widerspruch: Die Abschlusserklärung der Organisation, die ihren Schwerpunkt auf die Lösung wirtschaftlicher Probleme legt, besteht größtenteils aus *politisch* bedeutsamen Aussagen. Durchaus verständlich, denn die moderne Welt ist in das Zeitalter der

Untrennbarkeit wirtschaftlicher Fragen von politischen eingetreten. Vor der gleichen Herausforderung stehen auch die BRICS-Staaten.

- Die Stimmung auf dem G20-Gipfel war von der Furcht vor einer Verschlechterung der Weltwirtschaftslage geprägt. In den Ländern des "Nicht-Westens", selbst in denen, die am stärksten in die Weltwirtschaft integriert sind, herrscht die Überzeugung: Der kollektive Westen, angeführt von den Vereinigten Staaten, ist zu allem bereit, um sein Überleben zu sichern, das er heute weitestgehend mit einem "Sieg" über Russland verknüpft. Und dergestalt des gesunden Menschenverstandes verlustigehend ist er in der Lage, auch eine globale Wirtschaftskrise zu provozieren.

Vielleicht sogar absichtlich.

Der westliche Mangel an Bereitschaft, auch nur einen halben Schritt vom Abgrund der weltwirtschaftlichen Katastrophe zurückzutreten (falls jemand das Offensichtliche übersehen haben sollte: Sie wird global einschlagen, da *Weltwirtschaft*) und beispielsweise den Welternährungshandel zu normalisieren, hat anscheinend viele Teilnehmer des Gipfels beeindruckt.

Besonders wichtig war aber das Hauptthema des G20-Gipfels in Neu-Delhi, wie auch beim BRICS-Gipfel in Johannesburg – nämlich der Kampf um Einfluss im globalen Süden. Verfrüht wäre der Glaube, dass die USA und der Westen ihre Niederlage im Kampf um Einfluss in dieser Weltregion eingestanden haben: Trotz einiger schmerzhafter Rückschläge gelang es den USA, auf dem G20-Gipfel die Unterzeichnung eines Memorandums über die Schaffung des Wirtschaftskorridors IMEC (Indien-Mittlerer Osten-Europa) durchzupeitschen, der nach Ansicht Washingtons eine Alternative sowohl zur Großen Seidenstraße als auch zum Nord-Süd-Korridor darstellen soll. Klar, von einer politischen Erklärung, die von den USA, der EU, Saudi-Arabien und Indien unterzeichnet wurde, bis zur praktischen Umsetzung des Konzepts ist es noch ein weiter Weg.

Dafür tritt hierdurch der Wunsch umso deutlicher zutage, unter Ausnutzung der Widersprüche zwischen verschiedenen Ländern, vor allem China und Indien, die Einheit der Herangehensweisen des globalen Südens an die eigene Entwicklung zu zerstören.

Und hier zeigt sich die Hauptlinie der modernen US-Diplomatie: den Rückgang des politischen Einflusses durch Manipulation und das Ausspielen einiger Länder gegen andere zu kompensieren.

Und schließlich hat der G20-Gipfel in Delhi auch gezeigt, dass ohne Russland und sein wirtschaftliches, militärisches und politisches Potenzial, ohne seine Fähigkeit, die Vereinigten Staaten auf der Ebene der (wie man im Westen zu sagen pflegt) Narrative, der Visionen von der Zukunft der Welt, zu konfrontieren – ohne das alles kann der Aufstieg des Globalen Südens leicht ausarten. Im besten Fall zu einem Propagandarummel mit minimalen praktischen Ergebnissen, und im schlimmsten Fall zu einer Konfrontation zwischen verschiedenen Kräften, die die Führung beanspruchen.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

***Dmitri Jewstafjew** ist ein russischer Politologe (Amerikanist). Er ist Doktor der Politikwissenschaften und lehrt am Institut für Medien der Wirtschaftshochschule Moskau. Jewstafjews Spezialisierung sind militärpolitische Fragen der nationalen Sicherheit Russlands, der Außen- und der Militärpolitik der USA und der regionalen Probleme der Kernwaffen-Nichtverbreitung. Er ist Koautor wissenschaftlicher Monographien und zahlreicher Artikel.*

\* \* \*

## **Aufrüstung als neue Priorität: Europa wird in das Vierte Reich verwandelt**

<https://freedert.online/international/180641-aufruestung-als-neue-prioritaet-europa/>

14.09.2023

**Hinter dem Ozean werden die Rufe nach einer einheitlichen Rüstungsindustrie in der EU laut. Die Europäer sollen sich auf den Einfall Russlands in Europa vorbereiten. Gelder für Krankenhäuser und Kindergärten müssen eingespart werden, um sich aufzurüsten.**

*Von Wiktorija Nikiforowa*

Europa wird aufgerüstet. Im "Garten Eden" werden Fließbänder für die Produktion von Geschossen in Gang gesetzt, neue Gebäude von Militärfabriken gebaut. Rein friedliche Unternehmen werden in Militärunternehmen umgewandelt. Die Europäische Kommission hat den Kampf um die Rechte von Homosexuellen für den Moment vergessen, und einen großangelegten Erlass zur gezielten Steigerung der Waffenproduktion herausgegeben.

Der Prozess wird von jenseits des Ozeans genau beobachtet. Die *New York Times* stellt fest, dass die EU-Regierungen "gigantische Anstrengungen" unternommen haben, um ihren militärisch-industriellen Komplex zu finanzieren. Allerdings gibt es in der europäischen Rüstungsindustrie noch viele Probleme, wie das Testgelände "Ukraine" zeigt. US-amerikanische Journalisten schimpfen über die europäischen Rüstungsfirmen:

*"Ukrainische Soldaten sind mit der Tatsache konfrontiert, dass 155-Millimeter-Granaten eines Herstellers manchmal nicht zu den Haubitzen-Granaten eines anderen Herstellers passen."*

*"Munition und Ersatzteile sind oft nicht kompatibel, was zu häufigen Pannen führt und die Reparaturen erschwert."*

Der Zeitungsbericht ist mit Fotos aus dem schwedischen Saab-Werk illustriert. In Russland ist es für seine Autos bekannt. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass Saab seit fast einhundert Jahren zu den führenden Unternehmen des europäischen militärisch-industriellen Komplexes gehört.

In den 1930er-Jahren gewährten die Schweden den deutschen Flugzeugherstellern Unterschlupf: Deutschland war die Produktion von Flugzeugen durch den Versailler Vertrag verboten. Während des gesamten Zweiten Weltkriegs versorgten schwedisch-deutsche Firmen das Dritte Reich mit Flugzeugen. Die Saab-18 war kein schlechter Bomber und die Saab-21 ein Jagdflugzeug.

Nach dem Krieg verkaufte der Konzern erfolgreich seine Flugzeuge und Rüstungsgüter für den Export. Seit eineinhalb Jahren beliefert er die ukrainische Armee mit Panzerabwehrkraketen. Heute, da Schweden bereits mit einem Fuß in der NATO steht, ist es nach Ansicht der US-Amerikaner höchste Zeit, den schwedischen Konzern an die Spitze des europäischen Wettrüstens zu stellen.

Das Problem ist, dass der europäische militärisch-industrielle Komplex in sich selbst sehr konkurrenzfähig ist. Die Hersteller produzieren Waffen für den Export und stellen sich auf bestimmte ausländische Kunden ein. Wenn sie die Eigenschaften ihrer Produkte ändern, verlieren sie Kunden. Die Einheitlichkeit wird auch dadurch nicht gefördert, dass die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten an der Souveränität über ihre Verteidigungsindustrie festhalten. Das ist ein zu großer Teil der Wirtschaftsleistung, und sie versuchen, sie den ausländischen Machthabern hinter

dem Ozean vorzuenthalten.

Es überrascht nicht, dass die Palette der produzierten Waffen völlig unterschiedlich ist. Nur 18 Prozent der Produktion des europäischen militärisch-industriellen Komplexes entsprechen den erklärten NATO-Standards für Waffen und Munition. Die US-Amerikaner stellen mit Unbehagen fest, dass Europa heute 27 verschiedene Typen von Haubitzen, 20 Typen von Kampfflugzeugen, 26 Typen von Zerstörern und Fregatten herstellt. Das ist doch ungeheuerlich! "Europa muss seine Verteidigung vereinheitlichen", fordert die *New York Times* von der anderen Seite des Ozeans.

Die gleiche Meinung wird in London vertreten. Europas friedlicher "Urlaub" sei vorbei, es stehe vor einem militärischen Jahrzehnt:

*"Unabhängig davon, wie der Krieg in der Ukraine endet, wird ein verwundetes, rachsüchtiges Russland eine Bedrohung bleiben, solange Wladimir Putin oder seine gleich gesinnten Anhänger an der Macht bleiben."*

*The Guardian*, eine der intelligentesten Zeitungen, zitiert zustimmend den prominenten Nazi Rudolf Heß. "Gewehre oder Butter?" – Der Journalist Paul Taylor paraphrasiert diese berühmte Aussage leicht und antwortet in voller Übereinstimmung mit dem Original: Gewehre, natürlich! Beklagt euch nicht, Europäer, dass ihr aufgrund des Wettrüstens ohne Schulen und Krankenhäuser dasteht; wenn die Kreml-Bösewichte angreifen, werdet ihr ganz ohne Schulen und Krankenhäuser dastehen!

Aber woher soll das Geld für all die Rüstung kommen? Das durchschnittliche Jahresgehalt eines Arbeiters bei Saab beträgt etwa 53.000 Euro. Dazu kommen Sozialleistungen, Ausbildung, Versicherungen. Und wenn die europäischen Hersteller früher erfolgreich mit dem Verkauf von Waffen Geld verdienten, wird ihnen jetzt angeboten, sie nicht zu verkaufen, sondern sie in Erwartung eines militärischen Konflikts mit Russland zu lagern. "In Erwartung auf den Angriff der Barbaren", sozusagen. Was aber, wenn die Barbaren nicht kommen?

Dann wird sich herausstellen, dass das Wettrüsten die europäische Wirtschaft endgültig erledigt hat, indem es das vollendet, was durch die Abriegelung mit dem Coronavirus und die antirussischen Sanktionen begonnen wurde. Das scheint genau das zu sein, was Washington und London konzertiert anstreben.

Aber den verarmten Europäern wird wirklich nichts anderes übrig bleiben als ein Krieg mit Russland. Genau so haben London und Washington in den 1930er-Jahren gehandelt, um Deutschland gegen die Sowjetunion auszuspielen.

Einerseits förderten sie den militärisch-industriellen Komplex und investierten in die lokale Verteidigung. Henry Ford und Prescott Bush (Großvater des späteren US-Präsidenten), die Morgans und die Rockefellers investierten in Adolf Hitler. Auf der anderen Seite hielten sie die Bevölkerung desselben Deutschlands auf einer Hungerration – nur der verarmten Bevölkerung konnten Illusionen über die Ausdehnung des Lebensraums nach Osten verkauft werden. Keine Butter – na ja, der Bürger geht an die Front, um für seine Kinder wenigstens Brot und Margarine zu verdienen.

Der angelsächsische Plan von heute sieht genau so aus. Eine Steuer auf Militärausgaben in der EU ist wahrscheinlich nicht ratsam, argumentiert Paul Taylor aus London, besser wäre es, wenn die EU einen gemeinsamen zweckgebundenen Kredit für die Verteidigung aufnehmen würde. Wo soll man Kredite aufnehmen? In London und Washington versteht sich von selbst.

Die Bedingung für das Darlehen ist die Forderung nach einem Schulterschluss und einer vollständigen Vereinheitlichung der Rüstungsindustrien aller europäischen Länder – natürlich unter

dem wachsamen Auge der Angelsachsen. Ihre Hauptidee ist es, Europa in eine riesige Waffenfabrik zu verwandeln, in der gelangweilte Bürger Granaten einspannen und nach der Arbeit auf Schießständen trainieren und Fünf-Minuten-Hasssitzungen gegen Russland abhalten.

Eine einheitliche Armee, ein einheitlicher militärisch-industrieller Komplex, eine einheitliche Ideologie, die auf Angst und Hass gegen Russland beruht, großangelegte Vorbereitungen für eine Offensive im Osten. Wie man so schön sagt: Finde zehn Unterschiede zu Hitlers Regime. Die EU war ein "Garten Eden" – nun wird sie zum Vierten Reich.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel ist am 13. September 2023 auf RIA Nowosti erschienen.*

***Wiktorija Nikiforowa*** ist eine Kolumnistin bei RIA Nowosti.

\* \* \*

## Meinung

### "Absolute Unmenschen" – Ja, aber ein Selenskij-Video lässt den Schluss zu, nicht die Russen

<https://freedert.online/meinung/180065-absoluter-unmensch-wie-selenkskij-mit-video-sich-selbst-bezichtigt/>

08.09.2023

**Nur Minuten nach dem blutigen Raketenangriff auf den Markt in Konstantinowka hat Selenskij Russland mit einer neuen Hasstirade überzogen. Doch schnell wird auch den fanatischsten pro-ukrainischen Propagandisten klar, dass er möglicherweise dreist gelogen hat.**

*Von Wladislaw Sankin*

Der verheerende Raketenanschlag mitten in die Menschenmenge auf einem Markt im ukrainisch kontrollierten Teil der Donezker Volksrepublik hat sich am Mittwoch exakt um 14:04 Uhr ereignet. Nur 35 Minuten später veröffentlichte der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, auf seinem Telegram-Kanal ein Video, das die Wucht des Angriffs der empörten Weltöffentlichkeit vor Augen führen sollte. Mit einem Kommentar in englischer Sprache. Diesen lohnt es sich, trotz der drastischen Wortwahl in voller Länge wiederzugeben:

*"Wenn jemand in der Welt immer noch versucht, sich mit irgendetwas Russischem zu befassen, bedeutet das, die Augen vor dieser Realität zu verschließen. Die Frechheit des Bösen. Die Dreistigkeit der Niedertracht. Absolute Unmenschen.*

*In diesem Moment hat der Angriff russischer Terroristen 16 Menschen in der Stadt Konstantinowka in der Region Donezk getötet. Ein normaler Markt. Geschäfte. Eine Apotheke. Menschen, die nichts verbochen haben. Viele Verwundete. Leider kann die Zahl der Toten und Verletzten noch steigen.*

*Mein Beileid an alle, die Angehörige verloren haben!*

*Dieses russische Übel muss so schnell wie möglich besiegt werden."*

Russland als Hort der Unmenschlichkeit und des absoluten Übels – wie oft hat Selenskij schon diese Propaganda-Formel wiederholt? Unzählige Male. Und wie auch schon so oft in der Vergangenheit, haben die deutschen Medien den Vorwurf fast vollständig wiederholt – ohne nur eine Minute an seinem Wahrheitsgehalt zu zweifeln.

Es schien sogar so, dass sich Selenskij's Meldung gut in die gewünschte Agenda einfügen ließ. So nutzte die ARD-Redaktion die Nachricht, um zu unterstreichen, wie wichtig es sei, der Ukraine die deutschen Taurus-Langstreckenraketen zu liefern – "um die russische Armee ins Landesinnere zu verjagen". Auch US-Außenminister Antony Blinken wurde gezeigt, der "überraschend" in diesen Stunden in Kiew zu Besuch weilte. Er sichere der Ukraine weitere Unterstützung zu – "auch nach dem Angriffskrieg". Die Meldung schaffte es auch in die *ARD-Tagesthemen*, wobei sich der Moderator beklagte, dass man sich an die Nachrichten über den Krieg gewöhnt habe – aber an Tagen wie heute "können wir nicht vorbeischaun".

Zu welchem Zweck aber sollte die russische Armee einen Markt voller Zivilisten angreifen, wenn wir die These Selenskij's, Russland handele aus reiner Mordlust, als propagandistischen Müll beiseite räumen? Das ist völlig unbegreiflich. Denn aus russischer Sicht würde Russland friedliche Menschen am helllichten Tag auf seinem eigenen Territorium angreifen, schließlich ist Konstantinowka gemäß der russischen Verfassung Teil der Donezker Volksrepublik.

In seiner Hast hat Selenskij nicht gemerkt, dass ausgerechnet sein Video Hinweise für die Hypothese liefert, die seinen Vorwurf im Handumdrehen ins Gegenteil umkehren könnte.

Diese Hinweise waren so offensichtlich, dass sogar *Bild*-Propagandist Julian Röpcke in einem inzwischen schon berühmten Tweet der Version seiner eigenen Redaktion widersprochen hat – *RT DE* berichtete. Nun mehren sich auch im pro-ukrainischen Lager die Zweifel, sodass sogar die in Washington ansässige Journalistengruppe Conflict Intelligence Team (kurz CIT) zur Überzeugung gekommen ist, dass der Angriff vom ukrainisch kontrollierten Territorium stammte.

CIT wird unter den russischen Exil-Oppositionellen, die fest an der Seite der Ukraine stehen, als seriöser Faktenchecker gefeiert. Die Behauptung dessen Chefs Ruslan Meschujew, dass die Ukraine hinter dem Angriff stecken könnte, löste in deren X-Blase heftige Debatten aus. Die Annahme, dass die Ukraine Zivilisten in den eigenen Städten beschießt, um die Angriffe den Russen in die Schuhe zu schieben, gilt als russische Propagandalüge, die natürlich, ach ja, völlig unbegründet sei. Laut einem Bericht der *New York Times* gibt es aber ausgerechnet in Konstantinowka Menschen, die an "so etwas" glauben.

In Russland hingegen sind ukrainische Angriffe auf Zivilisten ein juristisches Faktum. Viele in Mariupol und anderen Städten gefangengenommene Kämpfer haben inzwischen gestanden, dass sie auf Einwohner schossen, um deren Flucht aus den umkämpften Orten zu verhindern. Ihre Verbrechen werden rekonstruiert, und die Schuldigen bekommen nach und nach langjährige Strafen. Mit der Zahl der Verfahren mehren sich auch die Hinweise, dass diese Soldaten nur die Befehle von oben ausgeführt haben.

Diese weisen auf die zynische Politik Kiews hin, die Zivilisten lediglich als lebende Schutzschilde für die eigene Armee betrachtet. Mit dem doppelten Nutzen, die Opfer und Leiden für die Dämonisierung des Gegners ausschlagen zu können.

Dabei scheut Kiew auch vor False-Flag-Methoden nicht zurück. Spätestens seit dem Maidan-Massaker im Frühjahr 2014 gehören sie zum erprobten Arsenal der ukrainischen Nationalisten. Der Angriff mit einer Totschka-U-Rakete auf den Bahnhof in Kramatorsk am 8. April 2022, der 61 Menschen tötete, oder die Sprengung des Mariupoler Theaters sind nur einige Beispiele dafür. Von den Beweisen, die die ukrainische Schuld nahelegen, kaum beeindruckt, argumentieren viele im Westen bis heute noch mit Kramatorsk und Mariupol.

Nun ist Konstantinowka dran. Die zufällige Anwesenheit des Fotoreporters Jewgeni Maloletka hat sich dabei als böses Omen für die Einwohner erwiesen. Er war es, der die weltberühmten Bilder der "Schwangeren von Mariupol" gemacht hat. Auch diesmal war er plötzlich in der Nähe und lieferte für *Associated Press* schaurige Fotos von verkohlten und zerfetzten Leichen, die auf dem zerstörten Markt von Konstantinowka von den ukrainischen Soldaten geborgen werden. Diese Zurschaustellung hat einen Grund: Die Gräueltaten müssen ganz nah zum Anfassen sein – vorausgesetzt, die westliche Weltgemeinschaft ist der Überzeugung, dass Russland der Urheber ist.

Wenn aber klar erwiesen wird, dass am Donnerstag nicht Russland die tödliche Rakete abfeuerte, sondern die Ukraine (diese Zeiten werden sicherlich kommen), um ihre westlichen Partner aufs Neue mit der angeblichen russischen Grausamkeit zu beeindrucken, dann hat sich Selenskij selbst

der "dreisten Niedertracht" und der "absoluten Unmenschlichkeit" bezichtigt. Und obendrein – der Lüge, deren Zynismus mit unserer Sprache nicht zu erfassen ist.

\* \* \*

## **Ewige Wiederkehr des Gleichen: Der Deutschland-Pakt löst keins der deutschen Probleme**

<https://freedert.online/meinung/180124-ewige-wiederkehr-gleichen-deutschland-pakt/>

09.09.2023

**In der Generaldebatte des Bundestages kündigt der Bundeskanzler einen Deutschland-Pakt an. Im Zentrum steht die Digitalisierung der Verwaltung. Das wirkt wie ein schlechter Witz. Trotz aller Bekenntnisse zur Modernisierung ist bisher nichts passiert. Warum sollte sich das jetzt ändern?**

*Von Gert Ewen Ungar*

Wir schreiben das Jahr 2020. Das Coronavirus, die Maßnahmen zu seiner Eindämmung und die Debatten darüber haben Deutschland fest im Griff. In diesem Zusammenhang ist es der deutschen Politik aufgefallen, dass Deutschland, was die Digitalisierung angeht, irgendwo in den 80ern stecken geblieben ist. Die zügige bundesweite Zählung der den lokalen Gesundheitsämtern gemeldeten Coronafälle gestaltet sich schwierig, denn die Gesundheitsämter kommunizieren noch via Fax. Die restliche Welt lacht einmal kurz auf.

Es entsteht ein Bild von Deutschland, in dem in den Büros der Gesundheitsämter Beamte und Angestellte sitzen und mit einem Bleistift Striche in eine Papiertabelle machen, die anschließend an eine übergeordnete Behörde gefaxt wird. Deutschland versteht sich selbst übrigens als fortschrittliches Hochtechnologie-Land.

Auch in den Schulen und Bildungseinrichtungen fliegt nun auf, dass es an grundlegender technischer Ausrüstung fehlt, um effektiv Distanzunterricht machen zu können. Zudem tritt ein soziales Problem zutage. Internet ist in Deutschland teuer. Wer einen Schufa-Eintrag hat, bekommt keinen Festnetzanschluss und Mobilfunk nur Prepaid. Da wird der Heimunterricht für Eltern mit niedrigem Einkommen besonders kostspielig. Das Thema Digitalisierung der Schulen wurde zwei Wochen in den Medien hochgeschrieben und dann wieder fallen gelassen.

Diskutiert wurde kurz und hysterisch, wie das in Deutschland so üblich ist. Wer allerdings glaubt, es habe sich seitdem etwas getan, der wurde gestern im Deutschen Bundestag eines Besseren belehrt. Bundeskanzler Olaf Scholz stellte in einer Art aktualisierten Version der Ruck-Rede seinen Deutschland-Pakt vor. In dessen Mittelpunkt steht – jetzt kommt's: die Digitalisierung der deutschen Verwaltung und Behörden. Digitalisierung ist der thematische Querschnitt, der alle vier Punkte des Deutschland-Pakts miteinander verbindet.

Mit anderen Worten, es ist in den vergangenen drei Jahren nichts passiert. Man kommuniziert mit einer deutschen Behörde immer noch am besten per Fax und kann selbst einfache administrative Akte nicht im Internet erledigen.

Dieses Mal klappt es aber ganz bestimmt, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen wird Deutschland auf Vordermann gebracht, der Laden entrümpelt und man kann dann bis spätestens Ende 2024 15 (in Worten: fünfzehn) Verwaltungsakte im Internet erledigen, versichert Scholz den Bundesbürgern.

Man möchte die Bundesregierung in diesem Zusammenhang vor allem eins fragen: "Sagt mal, habt ihr sie eigentlich noch alle?"

Vermutlich nicht, lautet die Antwort, denn Scholz glaubt, wenn diese wenig ehrgeizige Mini-Digitalisierung in den deutschen Verwaltungen dann schließlich angekommen ist, dann geht es mit Deutschland steil bergauf. Wenn das Abmelden einer Wohnung im Internet vorgenommen werden kann, wenn die Baugenehmigungen schneller erteilt und ein Start-up dank der Digitalisierung der Abläufe schneller gegründet werden kann, sind die zentralen Probleme Deutschlands gelöst. Das wird nicht der Fall sein. Denn das Digitalisierungsproblem Deutschlands deutet auf wesentlich tieferliegende Ursachen. Und einer Analyse dieser Ursachen verweigert sich Scholz.

Deutschland ist abgehängt. Und nein, daran ist nicht Putin und auch nicht der "brutale russische Angriffskrieg" schuld. Der Ukraine-Konflikt und die damit verbundenen, völkerrechtswidrigen Sanktionen des Westens wirken wie ein Brandbeschleuniger auf das ohnehin schon lichterloh brennende deutsche Haus und seine Wirtschaft.

Nun ist es sicherlich wünschenswert, dass auch Deutschland und seine Behörden technologisch in der Gegenwart ankommen. Es vereinfacht vieles, macht das Leben bequemer, löst aber die grundlegenden Probleme Deutschlands nicht.

Der Glaube aber, es würde dann mehr investiert, wenn die administrativen Abläufe vereinfacht werden, ist ein Trugschluss. Vermutlich glaubt auch Scholz nicht daran. Mehr investiert wird dann, wenn sich die Investitionen auszahlen und das tun sie in Deutschland nicht, denn das wirtschaftliche Umfeld passt nicht mehr. Der Deutschland-Pakt löst keins der deutschen Probleme.

Scholz versucht die Situation schönzureden, verweist auf die Ansiedelung von Infineon und glaubt, Deutschland würde schon bald die Technologieführerschaft in der Halbleitertechnik übernehmen. Das wird nicht der Fall sein. Deutschland hat diese Entwicklung wie viele andere komplett verpennt. Jetzt ist es zu spät.

Nichts bringt die deutsche Verschnarchtheit übrigens besser zum Ausdruck als die Aussage von Scholz' Vorgängerin im Amt, Angela Merkel, die 2013 meinte, das Internet sei "für uns alle Neuland". Im Anschluss wurde kurz über die Notwendigkeit der Digitalisierung diskutiert. Deutschland hinke hinterher, stellte man damals schon fest. Zehn Jahre später, schickt man in Deutschland immer noch Faxe.

Das Einzige, was in Deutschland gut funktioniert, ist das Selbstbewusstsein. Auch das macht Scholz deutlich. Man hält sich nach wie vor für eine große und wichtige Industrienation. Aber Energiepreise, hohe Zinsen, eine geringe Inlandsnachfrage, stagnierende Löhne, all diese Faktoren werden verhindern, dass Deutschland schnell wieder an die Weltspitze zurückkehrt. Deutschland-Pakt hin oder her. Der Pakt doktert ein wenig an den Symptomen herum und selbst das macht er nicht gründlich.

Deutschland müsste sich komplett neu erfinden. Von dieser Einsicht aber war die Rede von Scholz in der Generaldebatte weit entfernt. Er setzte die Digitalisierung ins Zentrum seiner Rede und nicht den Umbau der deutschen Wirtschaft hin zu einer Ökonomie, die ihr Wachstum aus einer starken Binnennachfrage schöpft.

Was aber die Digitalisierung angeht, kann man sich sicher sein, dass es in ein paar Jahren wieder jemandem auffallen wird, dass man in Deutschland noch per Fax kommuniziert. Man wird sich dann ein paar Wochen mit dem Thema beschäftigen und feststellen, seit dem Deutschland-Pakt von Olaf Scholz hat sich eigentlich nichts grundlegend geändert. Man wird es wegwischen und sich

weiterhin zur Weltspitze zählen. Das deutsche Selbstbewusstsein lässt sich durch technologische Rückständigkeit nicht erschüttern, wie das Dauerthema Digitalisierung deutlich macht. Problemen geht man in Deutschland lieber aus dem Weg, wie der deutsche Bundeskanzler gestern erneut gezeigt hat.

\* \* \*

## **Die glanzvollen Jahre der G20 sind vorbei**

<https://freedert.online/meinung/180345-glanzvollen-jahre-g20-sind-vorbei/>

10.09.2023

**Dass sowohl Xi als auch Putin dem diesjährigen Gipfeltreffen in Indien fernblieben, zeigt, dass der Status des Forums geschwächt ist. Es wird nicht verschwinden, aber der Anschein einer "Weltregierung", der der Gruppe anhaftet, wird sich auflösen.**

*Von Fjodor Lukjanow*

An diesem Wochenende findet in Indien der jährliche G20-Gipfel statt. Jede Zusammenkunft von Staats- und Regierungschefs dieses Kalibers (und die 20 größten Volkswirtschaften sind diejenigen, die die Welt wirklich regieren) ist ein bedeutendes Ereignis. Dies gilt umso mehr, als die G20 angesichts der offensichtlichen Schwächung der traditionellen Institutionen in den letzten Jahrzehnten als Prototyp für eine neue Struktur der internationalen Governance angesehen werden. Ohne die Bedeutung des bevorstehenden Forums zu schmälern, kann man sagen, dass die Gruppe ihren Zenit bereits überschritten hat und die weitere Entwicklung des Weltsystems zur Stärkung anderer Strukturen beitragen wird.

Die G20 sind das Ergebnis der wirtschaftlichen Rückschläge der fortgeschrittenen Globalisierungsära des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts. Sie entstanden auf der Ebene der Finanzminister und Zentralbankgouverneure in Reaktion auf die asiatische Finanzkrise von 1997 bis 1998. Richtig in Schwung kam sie jedoch erst zehn Jahre später, als die Mitgliedsstaaten in einer Notsituation zusammenkamen, um die durch den Zusammenbruch der US-Finanzinstitute und die darauffolgende globale Finanzkrise ausgelöste Panik zu bekämpfen. Seitdem stehen die G20 im Zentrum der internationalen politisch-wirtschaftlichen Architektur.

Die Gründe dafür sind zwingend. Erstens liegt der offizielle Schwerpunkt auf Finanz-, Handels- und Wirtschaftsfragen, wodurch die wachsenden politischen Spannungen zwischen den größten Teilnehmern bisher umgangen werden konnten. Zweitens kommt das Kriterium, nach dem sich die Gruppe zusammensetzt, dem am nächsten, was als objektiv angesehen werden kann – die Größe ihrer Volkswirtschaften. Diese beiden Faktoren haben jedoch insofern am meisten gelitten, als sich die internationale Lage drastisch verschlechterte.

## **G20 wird bestehen, aber nicht als Weltregierung**

Der Umbruch, der 2022 stattfand, sich aber schon seit einiger Zeit anbahnte, hat die internationale Hierarchie verändert. Die Politik hat die Wirtschaft endgültig überholt. Die im Konzept der liberalen Globalisierung verankerte Zweckmäßigkeit (sie muss vor allem kosteneffizient sein) ist Überlegungen zu strategischen Konstellationen gewichen. Ein Hauptthema ist jetzt die Konfrontation zwischen dem Westen und Russland, wobei sich zugleich eine Auseinandersetzung zwischen den USA und China anbahnt. Im Allgemeinen sind die Institutionen, die die relative Einhaltung der allgemeinen Wirtschaftsregeln gewährleistet haben, nicht in bester Verfassung, da die politischen Bedürfnisse der größten Länder schwerer wiegen als jede schriftliche Ordnung.

Man kann spezifische persönliche Gründe anführen, warum zum Beispiel Wladimir Putin und Xi Jinping nicht zum G20-Gipfel gereist sind, aber das ist nicht der Punkt. Die Globalisierung in der Form, wie sie in den letzten etwa drei Jahrzehnten existierte, ist vorbei. Infolgedessen wird sich die Einstellung zu den Strukturen, die früher gefragt waren, zwangsläufig ändern. Das bedeutet nicht, dass die G20 als solche verschwinden werden – das Treffen der größten Volkswirtschaften der Welt ist an sich schon wertvoll, und es wird immer einen gewissen Nutzen haben. Aber der Anschein einer "Weltregierung" wird verschwinden. Auch hier geht es nicht um die Konfrontation eines Landes mit einem anderen, sondern um den Ansatz an sich – Größen kommen zusammen, um sich auf etwas zu einigen, das alle betrifft. Von nun an werden die Vereinbarungen viel substanzieller sein und einen engeren Kreis von Ländern einbeziehen – diejenigen, die von einem bestimmten Thema direkt betroffen sind.

Gibt es Assoziationen, die unter diesen Bedingungen gestärkt werden? Es gibt sie. Da ist zunächst einmal die Gruppe der Staaten, die heute gemeinhin als "kollektiver Westen" bezeichnet werden. Die letzten zwei Jahre haben gezeigt, dass das Potenzial für die politische Konsolidierung der USA und ihrer Verbündeten für eine Einheit durchaus ausreicht, auch gegen die wirtschaftlichen Interessen der Teilnehmer. Es ist unmöglich zu sagen, wie lange dies andauern wird, aber im Moment ist die Zementierung des Bündnisses offensichtlich. Je problematischer die wirtschaftlichen Folgen erscheinen, desto rigider wird die ideologische Disziplin sein müssen. Das Aufbausuchen eines Gegners wie Russland reduziert bewusst die Flexibilität gegenüber einem anderen potenziellen Feind, China. Zumindest werden westeuropäische Versuche, einen eigenständigen, wirtschaftlich motivierten Kurs in Richtung Peking zu verfolgen, nicht auf das Verständnis der USA stoßen. Sollten solche Bestrebungen fortgesetzt werden, wird es zu direktem Gegenwind kommen.

## **Herausbildung einer Opposition zum Westen**

Es gibt jedoch noch eine andere Gemeinschaft, die zwar nicht so konsolidiert ist wie der Westen, die aber begonnen hat, Wege zur Bündelung von Interessen zu finden. Sie trägt verschiedene Namen – von der Weltmehrheit bis zum Globalen Süden –, aber die Bedeutung ist klar: Sie umfasst diejenigen, die nicht Teil des Systems der verbindlichen Beziehungen mit Washington sind. Per definitionem kann es in dieser Staatengruppe keine ideologische Einheit geben – ihr Wertekanon ist äußerst heterogen. Die Herausbildung einer verschwommenen, aber dennoch gemeinsamen Identität, die nicht in Opposition zum Westen, sondern in Koexistenz zu ihm steht, ist jedoch bereits im Gange. In diesem Sinne ist das Ergebnis des jüngsten BRICS-Gipfels, der sich eher für eine Erweiterung der Mitgliedschaft als für eine Vertiefung der bestehenden Verbindungen entschieden hat, von Bedeutung. Es wird ohnehin nicht möglich sein, diese Mehrheit zu strukturieren, aber die Schaffung eines sich ausweitenden Interaktionsraums jenseits des Westens ist im Interesse aller. Die Alternative bedeutet eine zusätzliche Chance, und es gibt allen Grund zu der Annahme, dass dieser Trend recht schnell an Dynamik gewinnen wird.

Könnte der G20-Gipfel ein Ort der Begegnung zwischen diesen beiden Gemeinschaften sein? Theoretisch ja. Aber warum? Beiden "Kollektiven" geht es in erster Linie um Selbstentfaltung. Interessen, die sich mit denen des Westens überschneiden, werden auf der Ebene der betreffenden Länder behandelt, die jeweils verschiedene Prioritäten haben.

Dieser Zustand wird nicht ewig andauern, aber bis auf Weiteres wird der G20-Gipfel mehr symbolischen als praktischen Charakter haben.

*Aus dem Englischen*

**Fjodor Lukjanow** ist Chefredakteur von *Russia in Global Affairs*, Vorsitzender des Präsidiums des

*Rates für Außen- und Verteidigungspolitik und Forschungsdirektor des Internationalen Diskussionsclubs Waldai.*

\* \* \*

## **Demokratie: Wenn der Betrug nicht zieht, kommt der Putsch**

<https://freedert.online/meinung/180417-chile-und-ukraine-zwei-beweise-demokratie-funktioniert-nicht/>

11.09.2023

**Haben Wahlen schon mal etwas Entscheidendes bewirkt? Nicht zu den Lebzeiten des Autors. Doch kurze Zeit vor seiner Geburt hat die Selbstorganisation des Volkes in einem fernen Land einen Mann an die Spitze gespült, der es tatsächlich ernst meinte mit Reformen. Es gelang trotzdem nicht: Heute vor 50 Jahren zog jemand die Notbremse.**

*Von Anton Gentzen*

Eines vorab: Die Rede ist nicht von dem Ideal einer Herrschaft des Volkes, das sich selbst – über Referenden oder gewählte Vertreter – regiert. Die Rede ist von der Realität des politischen Systems im Kapitalismus, wo ein Armer eben nicht dasselbe Gewicht hat wie ein Superreicher.

Ein Superreicher ist mit seinen Hunderten von Milliarden Euro oder Dollar in der Lage, Presse und Medien, Polittechnologien und Politiker zu kaufen, die dem Volk das Hirn waschen und es mit immer neuen Einfällen in die gewünschte Richtung treiben. Die Normalbürger sind auf Stimmabgabe ein Mal in vier oder fünf Jahren beschränkt und müssen dabei aufgrund von manipulierten Informationen aus einem sehr eingeschränkten Angebot wählen. Egal, wen und was sie wählen, den Kurs bestimmen die Superreichen.

Genau das müssen aktuell die Millionen Ukrainer erleben, die vor vier Jahren den Kurs in EU und NATO, Russophobie, Nationalismus und Krieg abgewählt hatten, und dennoch wieder das bekamen, was sie abwählten.

Erinnern wir uns: Von Mai 2014 bis Mai 2019 war Petro Poroschenko Präsident der Ukraine. Er wurde in nicht gerade freien Wahlen mit einem Friedensversprechen gewählt, eskalierte jedoch sofort nach Amtseinführung den Krieg im Donbass, sabotierte anschließend die Minsker Verträge und begann gegen Ende seiner Amtszeit Russisch aus Schulen und dem öffentlichen Leben zu vertreiben. Immerhin hielt er das Land fest auf westlichem Kurs, unterzeichnete das Assoziierungsabkommen mit der EU und erstritt sogar Visumfreiheit für die Ukrainer. Wenn einfache Ukrainer so sehr in die EU und NATO streben würden, wie es uns die westliche Propaganda suggeriert, hätten sie Poroschenko für eine zweite Amtszeit wiederwählen müssen.

Doch Poroschenko bekam bei den Wahlen 2019 eine deutliche Abfuhr. 73 Prozent der ukrainischen Wähler stimmten im zweiten Wahlgang nicht so sehr für Selenskij wie gegen Poroschenko. Sie entschieden sich für einen russischsprachigen Juden mit Geschäftsinteressen in Russland, dessen Sendungen bis dahin ausschließlich auf Russisch liefen und der im Wahlkampf versprach, um des Friedens willen mit dem Teufel selbst zu verhandeln.

Wie sonst kann dieses deutliche Votum verstanden werden als die Abwahl des prowestlichen, antirussischen Nationalismus und vor allem ein Auftrag, den Krieg im Donbass und die Konfrontation mit Russland zu beenden?

Doch nichts von dem Versprochenen hat Selenskij erfüllt, im Gegenteil: Er verschärfte den

nationalistischen Kurs des abgewählten Vorgängers, intensiviert den Krieg gegen den Donbass noch mehr, sabotierte die Umsetzung der Minsker Verträge und verbot nacheinander alle oppositionellen Medien und Oppositionsparteien des Antimaidan-Spektrums. Die unter Poroschenko erlassenen Gesetze gegen die russische Sprache blieben unangetastet, russische Schulen blieben verboten und Repressionen gegen Russischsprachige wurden verschärft.

Statt des versprochenen Friedenskurses ließ Selenskij die NATO ins Land, rüstete massiv auf und drohte Russland sogar mit Atomwaffen. Im Februar 2022 reagierte Moskau darauf, und das Blut eines jeden seitdem getöteten Ukrainers klebt an Selenskij's Händen.

Wie konnte es dazu kommen, dass die Wähler das genaue Gegenteil dessen bekamen, wofür sie stimmten?

Nun, das ukrainische Beispiel ist nur der neueste, bei weitem aber nicht der einzige Beweis dafür, dass Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen nicht funktioniert. Es gibt unzählige propagandistische und polittechnologische Instrumente, mit denen die echten Machthaber – in der Ukraine wie anderswo sind es Oligarchen – das Denken und das Wahlverhalten des Stimmvolkes lenken, und immer neue werden laufend erfunden. Es gelingt immer wieder, dem Volk hübsch aufgemotzte Schauspieler vorzusetzen, die ihm vor der Wahl nach dem Maul reden. Nach der Wahl weichen diese Demagogen jedoch keinen Grad von dem von den Hintermännern vorbestimmten Kurs ab.

Man könnte es Pseudodemokratie nennen, in Wahrheit ist es eine geschickt getarnte Diktatur. Die Tarnung ist nötig, damit die Widerstände nicht zu groß werden. Direkte Gewalt ist mit mehr Kraftaufwand verbunden als Betrug – der Betrüger hat ein leichteres Leben als ein Räuber oder ein Geiselnnehmer.

Er muss nur immer weiter betrügen. Das Kalkül der wirklichen Machthaber besteht darin, dass wir in unserer Masse immer wieder und immer weiter auf ihre polittechnologischen Tricks hereinfliegen, dass wir weiter für jeden Selenskij stimmen, den sie uns vorsetzen.

Doch was, wenn es eines Tages schief läuft? Was, wenn das Volk seinen wahren Feind erkennt, den Fernseher abschaltet, sich selbst organisiert und seine echten Vertreter nach oben führt? Oder wenn die sorgfältig ausgewählten Schauspieler rebellieren und mehr der Geschichte denn ihren Strippenziehern gegenüber Verantwortung spüren?

Auch darauf hat die Oligarchie eine Antwort: Das Spektakel der Pseudodemokratie wird, wenn es wirklich ans Eingemachte geht, sofort abgeblasen und das Publikum mit Gewehren aus dem Saal getrieben.

Wie in Chile vor 50 Jahren.

\* \* \*

## **"50 Jahre Putsch in Chile: Gedenken und Lehren" – Artikel von Außenminister Sergei Lawrow**

<https://freedert.online/meinung/180612-50-jahre-putsch-in-chile/>

13.09.2023

**Die Tragödie Chiles ist zu unserer Tragödie geworden, die Geschichte Chiles ist zu einer Seite unserer Geschichte geworden. Das schreibt der Außenminister der Russischen Föderation Sergei Lawrow in der Zeitung Rossijskaja Gaset.**

*Von Sergei Lawrow*

Vor 50 Jahren, am 11. September 1973, ereignete sich in Chile etwas, was die Weltgemeinschaft zutiefst erschütterte. Infolge eines blutigen Staatsstreichs wurde die Regierung der Unidad Popular gestürzt und die Militärdiktatur einer Junta unter der Führung von General Pinochet errichtet. In aller Welt waren Fotos von Kampfflugzeugen, die den Präsidentenpalast La Moneda im Zentrum Santiagos überflogen, und von dem rechtmäßig gewählten Präsidenten Salvador Allende, der in den letzten Minuten seines Lebens einen Helm trug und mit einer Waffe in der Hand die demokratischen Grundlagen des Staates verteidigte, zu sehen.

Die Putschisten wurden von dem großen chilenischen Dichter und Nobelpreisträger Pablo Neruda wütend gebrandmarkt: "Bestrafer der chilenischen Geschichte, Hyänen, die die Siegesfahne zerreißen". Neruda starb kurz nach dem Putsch und gilt zu Recht als eines der legendären Opfer.

Der Putsch im fernen Chile erschütterte auch unser Land, in dem Salvador Allende gut bekannt war und Moskau mehrmals besucht hatte, auch als Präsident. Die Sowjetunion beteiligte sich aktiv an der internationalen Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk und gewährte vielen politischen Emigranten Asyl. Wir forderten und erzielten die Freilassung des heldenhaften Sohnes dieses Landes, Luis Corvalan, aus der KZ-Haft und lehnten es ab, ein wichtiges Fußballspiel im Nationalstadion von Santiago auszutragen, das in ein Gefängnis verwandelt und mit dem Blut chilenischer Patrioten getränkt worden war. In unserem Land sangen die Menschen die Lieder des brutal hingerichteten nationalen Tribuns Victor Jara: "Wir werden siegen" und "Solange das Volk geeint ist, ist es unbesiegbar".

Ich fürchte mich nicht davor, dies zu sagen: Die Tragödie Chiles ist zu unserer Tragödie geworden, die Geschichte Chiles ist zu einer Seite unserer Geschichte geworden.

Die Ereignisse vor einem halben Jahrhundert unterbrachen die demokratische Tradition Chiles für 17 Jahre, wurden zu einem politischen Wendepunkt in der modernen Geschichte des Landes und lieferten der Welt wichtige Lehren für kommende Generationen.

Es ist weithin bekannt, dass die Regierung der Unidad Popular unter der Führung des Sozialisten Salvador Allende 1970 als Ergebnis der freien Willensbekundung der chilenischen Wähler im Rahmen des in der Verfassung der Republik vorgesehenen Wahlverfahrens an die Macht kam. Gleichzeitig hatte das Projekt der Unidad Popular eine deutliche internationale Bedeutung und war darauf ausgerichtet, die Abhängigkeit vom Ausland zu überwinden und die nationalen und lateinamerikanischen Grundlagen zu stärken. Die Linkskoalition strebte die politische und wirtschaftliche Autonomie Chiles an und lehnte Methoden der Einflussnahme auf Länder wie Diskriminierung, Druck, Intervention oder Blockade ab. Die Koalition wollte Abkommen, die dem Land Verpflichtungen auferlegten und seine Souveränität einschränkten, überprüfen und gegebenenfalls aufkündigen. Die Koalition beabsichtigte, Beziehungen zu allen Ländern unabhängig von ihrer politischen und ideologischen Ausrichtung zu unterhalten. Sie betrachtete die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) als ein Instrument des nordamerikanischen Imperialismus und forderte die Schaffung einer wirklich repräsentativen Organisation der lateinamerikanischen Länder.

Diese strategischen Pläne der chilenischen Führung stellten, wenn man der bekannten neokolonialen Logik des Weißen Hauses folgt, für die Vereinigten Staaten fast eine existenzielle Bedrohung dar. Washington verachtete und verachtet nach wie vor die Idee, dass andere Staaten das Recht haben, ihr eigenes politisches und sozioökonomisches Entwicklungsmodell zu wählen, dass sie sich von nationalen Interessen leiten lassen können, die staatliche Souveränität stärken und die

kulturelle und zivilisatorische Identität respektieren.

Ich möchte nicht auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Chiles in jener Zeit eingehen. Dies ist eine rein innenpolitische Frage Chiles, und nur das chilenische Volk selbst kann dies beurteilen. Aber es ist offenkundig, dass viele der Probleme, mit denen die Regierung Allende konfrontiert war, nicht nur maßgeblich eskaliert wurden, sondern auch direkt von westlichen Politikern und Unternehmen verursacht wurden.

Die freigegebenen Dokumente aus den amerikanischen Archiven bestätigten nur, was unmittelbar nach dem Staatsstreich kein Geheimnis war. Schon vor dem Amtsantritt Allendes wurden in Washington die Weichen für seine Absetzung gestellt, wobei das gesamte Arsenal politischer Erpressung und politischen Drucks eingesetzt wurde. Es wurde alles unternommen, um die innenpolitische Lage zu destabilisieren.

Dabei kamen die unterschiedlichen Methoden zum Einsatz: ein vielschichtiger Wirtschaftskrieg (einschließlich äußerer Isolierung und der Androhung von Restriktionen gegen Chiles ausländische Partner), die Finanzierung der Opposition, der kritisch eingestellten "zivilgesellschaftlicher Organisationen" und der berüchtigten "fünften Kolonne", der informationelle und psychologische Druck sowie die Desinformation der Bevölkerung durch kontrollierte Medien, die Anregung einer Abwanderung von Fachkräften und einer Verwirrung in der Berufsbewegung, die Gründung und Förderung rechtsextremer Organisationen und radikaler Kampfgruppen sowie politische Erpressung, Provokationen und Gewalt gegen Anhänger der neuen Regierung. Anders gesagt, die Amerikaner setzten alles, was später den allgemeinen Begriff "Farbrevolutionen" erhielt, aktiv ein.

Allende selbst versuchte im Dezember 1972 von der Tribüne der UN-Generalversammlung aus, der Weltgemeinschaft die Lage emotional zu vermitteln: "Sie wollten uns von der Welt isolieren, uns wirtschaftlich strangulieren. Sie wollten unseren Handel mit Kupfer, unserem wichtigsten Exportprodukt, lahmlegen und uns die Möglichkeit nehmen, Auslandskredite aufzunehmen. Es ist uns klar, dass wenn wir die Finanz- und Wirtschaftsblockade, der unser Land ausgesetzt ist, offenlegen, es nicht nur für die Weltöffentlichkeit, sondern sogar für einige unserer Landsleute schwierig ist, das zu verstehen, denn es handelt sich nicht um einen offenen Angriff, wovon die ganze Welt weiß. Im Gegenteil, dieser Angriff erfolgt heimlich und indirekt, was ihn jedoch nicht weniger gefährlich für Chile macht."

Heute sind umfangreiche Unterlagen öffentlich zugänglich, die die unrühmliche Rolle des US-Außenministeriums, der Central Intelligence Agency (CIA) und anderer amerikanischer Behörden bei diesen Ereignissen aufzeigen. Zum Beispiel kann man sich mit den 1998 freigegebenen Dokumenten über das "Projekt Fubelt" vertraut machen – CIA-Operationen, die darauf abzielten, S. Allende zu stürzen. Seymour Hersh, ein bekannter unparteiischer amerikanischer Journalist und Pulitzer-Preisträger, war einer der ersten, der die subversiven Aktivitäten des Weißen Hauses in Bezug auf Chile im September 1974 aufdeckte. Und 1982 veröffentlichte er eine Recherche zu diesem Thema: "Der Preis der Macht. Kissinger, Nixon und Chile". Ein sehr informatives Material.

Der Zynismus der amerikanischen Politiker ist unglaublich. Laut CIA-Unterlagen ordnete Präsident Nixon daraufhin Maßnahmen an, um die chilenische Wirtschaft "zum Schreien" zu bringen. Der amerikanische Botschafter in Santiago, Edward Corry, erläuterte diese Haltung: "Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um Chile in bittere Armut und Not zu stürzen. Und das wird eine langfristige Politik sein." Die Amerikaner organisierten einen Boykott des chilenischen Kupfers, eines strategischen Rohstoffs, durch dessen Verkauf das Land seine wichtigsten Deviseneinnahmen bezog. Sie sperrten chilenische Konten bei ihren Banken. Einheimische Geschäftsleute begannen, Kapital ins Ausland zu transferieren, Arbeitsplätze zu streichen und Lebensmittel künstlich zu verknappen.

Ein dem Senat vorgelegter Bericht mit dem Titel "U.S. Covert Operations in Chile, 1963–1973" zeigt, dass bereits 1971 die chilenischen Transaktionen der Export-Import Bank of the United States vollständig eingestellt wurden und die Weltbank von 1971 bis 1973 keine Kredite mehr vergab.

Amerikanische Unternehmen waren in der Tat direkt an illegalen subversiven Operationen der CIA beteiligt. Dazu gehörte auch der berühmte Telekommunikationskonzern ITT, der noch mit dem Nazi-Reich kollaboriert hatte und den die Regierung von S. Allende zu verstaatlichen versuchte.

Dieser wahrhaft machiavellistische Modus Operandi ermöglichte es den Drahtziehern des Staatsstreichs in dem südamerikanischen Land, ihr Ziel zu erreichen. Und aufgrund des Erfolgs ihrer "Probe" ist diese Reihe destruktiver Aktionen zu einer Art Muster geworden, das Washington und seine Satelliten auch heute noch gegen souveräne Regierungen auf der ganzen Welt einsetzen.

Der Westen verstößt ständig gegen einen so fundamentalen Grundsatz der UN-Charta, wie die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder. Dazu gehören die inszenierte dritte Runde der Präsidentschaftswahl in der Ukraine Ende 2004, die "Farbrevolutionen" in Jugoslawien, Georgien und Kirgisistan. Schließlich die offene Unterstützung des blutigen Staatsstreichs in Kiew im Februar 2014 sowie die beharrlichen Versuche, das Szenario einer gewaltsamen Machtergreifung in Weißrussland im Jahr 2020 zu wiederholen. Nicht unerwähnt bleiben darf die berühmte "Monroe-Doktrin", die die Amerikaner wohl auf die gesamte Welt ausdehnen wollen, um den gesamten Planeten in ihren "Hinterhof" zu verwandeln.

Eine andere Sache ist, dass eine solche neokoloniale, offen gesagt zynische Linie des kollektiven Westens zunehmend von der Weltmehrheit abgelehnt wird, die offenbar der Erpressung und des Drucks, einschließlich Gewalt, schmutziger Informationskriege und geopolitischer Nullsummenspiele müde ist. Die Staaten des Globalen Südens und Ostens wollen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, eine national ausgerichtete Innen- und Außenpolitik betreiben und nicht für die ehemaligen Metropolen die "Kastanien aus dem Feuer" holen.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Russland und Chile wurden unmittelbar nach dem Sturz des Pinochet-Regimes im März 1990 wieder aufgenommen. Ich bin sicher, dass dies auch in Zukunft so weitergehen wird, ungeachtet der opportunistischen Tendenzen, denen einzelne chilenische Politiker unterliegen mögen. Es gibt viele Dinge, die uns verbinden – gemeinsame Seiten der Geschichte, der große Pazifische Ozean, Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit, kultureller und humanitärer Bildungsaustausch. Die chilenischen Präsidenten Patricio Aylwin, Ricardo Lagos und Michelle Bachelet, die zwar unterschiedlichen politischen Richtungen angehörten, aber sich stets sehr um die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern bemühten, haben Russland in verschiedenen Jahren besucht. Ich zweifle nicht daran, dass die von Salvador Allende begründeten und von seinen echten Nachfolgern fortgeführten Traditionen zum Wohle der Völker unserer Länder gestärkt werden.

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im September 2023 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2023. Alle Rechte vorbehalten.